IMT Nuremberg Archives

H – 371

International Court of Justice

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 10. JUNI 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 UHR

595
File

VORSITZENDER: Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart.

DR. STEINBAUER (fuer den Angeklagten Seyss-Inquart)

Euere Lordschaft, hohes Militaergericht.

Ich eroeffne das Beweisverfahren mit den letzten Worten Dr. Schuschnigg's, als er am 11. Maerz 1938 als oesterreichischer Reichskanzler zurucktrat, naemlich den Worten: "Gott schuetze Oesterreich."

Es ist eine Verflechtung der Geschichte, dass zum selben Zeitpunkt, wo hier ueber die Anschlussfrage im Zusammenhang mit der Person Seyss-Inquart's verhandelt wird diese vier Aussenminister unter Zugrundelegung gleicher Vorgaenge die Friedensvertraege vorbereiten. Ich moechte Sie daher bitten dem Vortrag meiner Dokumente in dieser Frage Aufmerksamkeit zu schenken und mir zu gestatten, sie etwas breit zu zitieren, als ich urspruenglich vor hatte.

Ich beginne mit Erlaubnis des Gerichtes mit der Einvernahme des Angeklagten als Zeugen.

(Der Angeklagte Seyss-Inquart betritt den Zeugenstand)

VORSITZENDER: Wie heissen Sie?

DER ZEUGE: Arthur Seyss-Inquart.

VORSITZENDER: Sprechen Sie diesen Eid mir nach:

Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(DER ZEUGE SPRICHT DEN EID NACH)

VORSITZENDER: Setzen Sie sich.

DIREKTES VERHOER

DURCH DR. STEINBAUER:

F. Herr Zeuge, wann und wo sind Sie geboren?

A. Ich bin im Jahre 1892 in der bisherigen deutschsprachigen Insel Iglau in Maehren geboren. Maehren war damals ein Kronland der oesterreichisch-ungarischen Monarchie. Hier und in der bisherigen deutsch-sprachigen Insel Olmuetz, ebenfalls in Maehren, bin ich bis zum 16. Lebensjahr aufgewachsen. Dann uebersiedelte ich mit meinen Eltern in die Nache Wien's, absolvierte das Gymnasium und die juristische Fakultaet der Wiener Hochschule. Im Jahre 1914, August, bin ich zum Militaer eingerueckt.

H0371 - 0002

H0371 – 0003

F. Waren Sie den ganzen Krieg beim Militaer?

A. Jawohl. Ich habe bei den Tiroler Kaiserjaegern gedient, habe den Krieg in Russland, Rumaenien und Italien mitgemacht. Waehrend des Krieges, anlaesslich einiger Urlaube, habe ich die letzten Pruefungen gemacht und bin im Jahre 1917 Doktor geworden. Ich bin einmal verwundet worden, mehrfach dekoriert, drei Mal wegen Tapferkeit vor dem Feind.

F. Welche Eindruecke haben Sie nun aus Ihrer Jugendzeit in das Leben mitgenommen?

A. Fuer hier bemerkenswert vielleicht nur das Erleben des Nationalitaetenkampfes in Maehren, zwischen den Deutschen und Tschechen. Die Deutschen vertraten damals die gemeinsame oesterreichische Staatsidee, die Tschechen machten eine vorwiegend nationale Politik. Es ist aber, glaube ich, nocht ohne Bedeutung, das in Maehren ein Sprachenausgleich zustande kam.

F. Welche Eindruecke haben Sie dann aus dem Krieg mitgenommen?

A. Abgesehen vom Erlebnis der Frontkameradschaft ist mir in besonderer Erinnerung, mit Ablauf, mit Ende des Krieges, die Diskussion ueber die vierzehn Punkte des Praesidenten Wilson.

F. Deren wesentlicher Inhalt das Selbstbestimmungsrecht war?

A. Es war fuer uns klar, dass die Verwirklichung dieser 14 Punkte die Aufloesung der oesterreichisch-ungarischen Monarchie bedeutete. Wir Deutschen sahen einen Ausgleich darin, dass in Erfuellung dieses Selbstbestimmungsrechtes die deutschen Erblande wieder in den Reichsverband zurueckkehren koennen, aus dem sie vor kaum 50 Jahren, 1866, ueberhaupt erst ausgeschieden waren. Das ist richtig. Diese Erblaender waren vom Reich aus geschaffen worden und in den 1000 Jahren ihres Bestandes waren sie 950 Jahre Bestandteile des deutschen Reiches.

F. Was haben Sie nach dem Krieg dann gemacht, als Sie von der Front zurueckkehrten?

A. Ich habe mich dem Rechtsanwaltsberuf gewidmet, wurde 1921 selbstaendiger Rechtsanwalt und bekam mit der Zeit eine recht gut gehende Kanzlei.

F. Wie waren Sie denn politisch eingestellt. Haben Sie irgend einer politischen Partei angehoert?

A. Ich habe keiner politischen Partei angehoert, weil ich mich parteipolitisch nicht binden wollte. Ich hatte gute Bekannte in allen Parteien, auch bei den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten. Aber die Parteiprogramme waren mir etwas zu einseitig, zu sehr abgestellt auf einzelne Gruppen der Ge-

H0371 - 0004

meinschaft.

F. Haben Sie irgendwelchen politischen Vereinen angehoert, zum Beispiel der deutsch-oesterreichischen Volksbund?

A. Ja, ich war Vorstandsmitglied des oesterreichisch-deutschen Volksbundes denn die einzige politische Idee, die ich seit dem Jahre 1918 verfolgt habe, war der Anschluss Oesterreichs an das deutsche Reich. Ich habe den 12. November 1918 erlebt, als die provisorische Nationalversammlung in Erfuellung des Selbstbestimmungsrechtes den Entschluss fasste; Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Auch die konstitierende Nationalversammlung, sechs Monate spaeter, wiederholte den Beschluss. Das Diktat ------ von St. Germain verbot den Anschluss Daraufhin versuchten die Laender Abstimmungen zu machen. Salzburg und Tirol haben mit 98% der Stimmberechtigten fuer den Anschluss gestimmt. Dr. Schuschnigg schildert dies in seinem Buch "Drei Mal Oesterreich."

Die Antwort waren ernstliche Versuche, Oesterreich an seine nichtdeutschen Nachbarn aufzuteilen. Aber man konnte sich ueber die Beute nicht einigen.

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, darf ich jetzt in diesem Zusammenhang einige Urkunden dem Gericht vorlegen, respektive auf diese Urkunden in meinem Dokumentenbuch kurz verweisen. Die erste Urkunde, der ich die Nr. SJ-1 geben moechte ist auf Seite 2 des Dokumentenbuches und beinhaltet die Proklamation der deutsch oesterreichischen Abgeordneten, nach den Zusammenbruch der oesterreichisch-ungarischen Monarchie am 21. Oktober 1918.

Es heisst hier im zweiten Satz:

"Der deutsch-oesterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt ueber das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenlaendern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Buergern bewohnt werden, andere Nationen wird sich der deutsch-oesterreichische Staat widersetzen."

Unter Exhibit-Nr. 2 moechte idh dann vorlegen, es ist auf Seite 4 des Dokumentenbuches, den bereits vom Zeugen erwaehnten Beschluss der provisorischen oesterreichischen Nationalversammlung vom 12. November 1918, wo es heisst:

"Deutsch-Oesterreich ist eine demokratische Republik. Alle oeffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Der Fuehrer der damaligen groessten Staatspartei, Dr. Karl Renner, hat zur Begruendung dieses Gesetzes am 12. November das Wort ergriffen und hierzu Folgendes gesagt.

H0371 - 0005

Es ist dies Exhibit-Nr. 3 auf Seite 6:

"Unser Volk ist in Not und Unglueck, das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heissen, unser deutsches Volk des Humanismus, uns deutsches Volk der Voelkerliebe ist im Unglueck tief gebeugt! Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und bequem und vielleicht auch so verfuehrerisch ware, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht von der Liste der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde will unser Volk in allen Gauen wissen; wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft! "

Unter Exhibit Nr. 4, welches auf Seite 18 ist - - -

VORSITZENDER: Es ist Seite 8, nicht wahr?

DR. STEINBAUER: Seite 18. Verzeihung, Seite 18.

Es ist die Abstimmung damals in Tirol erfolgt am 24. April 1921, mit 145 302 Stimmen fuer, und 8 005 Stimmen gegen den Anschluss. Im Salzburger Land am 18. Mai 1921 mit 98 546 Stimmen fuer den Anschluss und 877 gegen den Anschluss.

Ich habe schon, meine verehrten Herren Richter, anlaesslich der Dokumentenvorlage gesagt, dass ich den Standpunkt vertrete, dass drei Componenten zum Abschluss gefuehrt haben:

1) die wirtschaftliche Notlage, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte bis jetzt hinzieht;
2) die daraus resultierende Uneinigkeit der demokratischen Parteien, und
3) das Verhaeltnis der Umwelt, insbesondere der Grossmaechte unseren kleinen Lande gegenueber.

Diese Gedanken habe ich in meinem Urkundenbuch niedergelegt und ich moechte nur bezueglich der wirtschaftlichen Lage damals als naechste Exhibit-Nummer vortragen, die Rede des Praelaten Hausers, vom 6. September 1919, in meinem Dokumentenbuch Seite 14; er schlaegt als Praesident des Abgeordnetenhauses die Annahme des Friedensvertrages von Seyss-Inquart vor mit folgender Begruendung:

"Es bleibt der Nationalversammlung keine Wahl; Land und Volk brauchen den endlichen Frieden, der ihnen die Welt moralisch und wirtschaftlich wieder eroeffnet und den Massen unseres Volkes daheim und in der Fremde wieder Arbeit schaffen kann."

Dann der 2. Absatz:

"Es bleibt ihr auch deshalb keine Wahl, weil unser Land in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohlen und industriellen Rohstoffen wie in der Wiederherstellung seines Kredites und seiner Nachrung von den Grossmaechten abhaengt."

H0371 -0006

In aehnlichem Sinne haben sich die beiden Staatsmaenner Seipel und Schober geaeu sert. Es ist dies das Dokument Nr. 17. Seipel, der als der groesste oesterreichische Staatsmann gilt, hat damals folgendes gesagt:

"Aber niemals werden wir glauben, dass die mitteleuropaeische Frage geloes ist, wenn der grosse Staat, der das eigentliche Mitteleuropa ausfuellt, das Deutsche Reich, bei dieser Loesung nicht mit dabei ist."

DURCH DR. STEINBAUER:

Ich moechte nun mit der Einvernahme des Zeugen fortfahren und Sie nur fragen; Erinnern Sie sich noch an die Zeit und die Verhaeltnisse nach dem Jahre 1927?

A. Durch die von Ihnen geschilderte wirtschaftliche Lage haben die Voelker bundmaechte Oesterreich immer wieder gezwungen, sogenannte freiwillige Anschluss Verzichterklaerungen abzugeben. Dies hatte Gegenwirkungen in der inneren Politik Die Oesterreicher, die im Jahre 1918 durchaus entschlossen waren, eine parlamentarische, demokratische Politik zu treiben, wandten sich radikalen Ideen zu mit autoritaerer Praegung.

F. Es ist damals eine neue Partei aufgetreten. Welche war das?

A. Es kam damals zum sogenannten Justizpalastbrand, eine Revolte der Marxisten, die zur Folge hatte, dass die Anti-Marxisten sich im Heimatschutz, einer militranten Formation gesammelt hatten. Dadurch kam die Uniformierung in das oesterreichische politische Leben. Der Gegensatz zwischen Marxisten und Anti-Marxisten war immer staerker. Die einzige ueberparteiliche Organisation war damals der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund, und der Anschlussgedanke, der einzige politische Gedanke, der alle Parteien noch zusammengehalten hat.
Um das Jahr 1930 herum, tauchte, wenigstens bemerkbar, die Nationalsozialistische deutsche Arbeiter Partei auf.

F. Welche Eindruecke machte diese Partei auf Sie, besonders in Verbindung zur Machtergreifung im Reiche?

A. Ich moechte es offen sagen, dass der Eindruck der Partei fuer oesterreichische Verhaeltnisse eher befremdend war. Wir hatten wohl die Uniform durch den republikanischen Schutzbund der Marxisten und durch den Heimatschutz schon in der Politik, aber die NSDAP uniformierte auch die eigentlichen politischen Leiter und stellte sie in eine Marschordnung. Auch die Art der Politik entsprach nicht unserem ueblichen politischen Denken.

F. Nun, was waren dann die Gruende?

A. Ich moechte sagen, diese Partei hat keiner anderen etwas Gutes zuerkan

und sich nie bereit erklaert, mit einer anderen zusammenzuarbeiten.

F. Welche positiven Erfolge sahen Sie nun in der Partei im Reiche dann?

A. Ich glaube, in Oesterreich geht die unzweifelhaft mit der Zeit sehr gute Wirkung der Partei auf ihren unbedingten Anschlusswillen zurueck. Ich meine, die Radikalisierung geht zurueck auf die Verhinderung, zum Beispiel, der Verwirklichung der Zoll-Union zu Gunsten der demokratischen Parteifuehrer zuletzt durch den Haager Schiedsspruch.

F. Waren nicht auch wirtschaftliche Gruende vorhanden, die Erfolge fuer die NSDAP brachten?

A. Es war so, dass das, was im Reiche gesprochen wurde, und was man von Rei gehoert hat - - -

VORSITZENDER: (Unterbrechend): Angeklagter, ich nehme an, Sie hoeren den Worten Dr. Steinbauer's direkt zu, nicht wahr? Und Sie geben Ihre Antworten, ohne eine Pause eintreten zu lassen; die Dolmetscher koennen nicht mitkommen.

A. Von Oesterreich beobachte man von 1933 ab einerseits die Beseitigung der Diskrimination des Diktatfriedens von Versailles, und vor allem die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Auch in Oesterreich waren damals etwa 10% der Bevoelkerung arbeitslos. Es hofften daher besonders die oesterreichischen Arbeiter durch einen Anschluss aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen und die oesterreichischen Bauern hatten grosses Interesse fuer den Reichsnaehrstand und die deutsche Markwertung.

F. Also, wenn ich Sie richtig verstehe, war es der Anschlussgedanke, der auch Sie zur Partei gefuehrt hat? Ich will ueber das Parteiprogramm, das schon sehr oft hier eroertert wurde, nicht sprechen, sondern Sie nur fragen: Wann sind Sie der Partei beigetreten?

A. Formelles Parteimitglied wurde ich am 13. Maerz 1938, und habe eine Parteinummer ueber 7 Millionen bekommen.

F. Hatten Sie Verbindung mit Dr. Dollfuss?

A. Ich hatte Dr. Dollfuss in der Nachkriegszeit kennengelernt. Ich wusste, dass ermich 1933 in sein Ministerium nehmen wollte, und hatte 8 Tage vor dem 25. Juli 1934 auf seine Einladung mit ihm eine Aussprache.

F. Waren Sie am 25. Juli 1934 an der Ermordung des Bundeskanzler Dr. Dollfuss in irgend einer Weise beteiligt?

A. Nein, in gar keiner Weise. Dr. Dollfuss hatte noch eine weitere Unter-

H0371 - 0007

redung mit mir in Aussicht genommen. Er interessierte sich fuer meine Ansicht ueber die Beruhigung der damals sehr radikalen Lage. Ich sagte damals schon Dr. Dollfuss, in Oesterreich gibt es keine Nationalen mehr, sondern nur Nationalsozialisten; und die Nationalsozialisten machen nur das, was Hitler sagt.

F. Ich muss Ihnen da noch vorhalten, Herr Doktor, dass die Staatsanwaltschaft eine Fotografie vorgelegt hat, wo der Dollfuss-Mord verherrlicht wird.

A. Das ist die sogenannte Jahresfeier im Jahre 1938. Bei dieser Feier wurde ueberhaupt nicht an Dollfuss gedacht, sondern das war eine Parteifeier fuer die 7 SS-Maenner, die bei diesem Putsch-Versuch damals, oder in Zusammenhang damit, gehaengt wurden. Keiner von uns hat diesen Tod als Mord bezeichnet.

F. Nun ist nach Dr. Dollfuss Dr. Schuschnigg Bundeskanzler geworden, und ich will Sie fragen: Welche Schlussfolgerungen wurden seitens der NSDAP, soweit Sie sehen konnten, aus diesem Ereignis gezogen?

A. Die NSDAP selbst war vollkommen zerschlagen und disorganisiert. Es hat sich damals ein kleinerer Kreis von Maennern gebildet, zu dem ich auch gestossen bin, die aus dem 25. Juli folgende Folgerungen gezogen haben:
1) bedeutete das eine ausserordentliche aussenpolitische Gefahr - ich erinnere an die Staatsmaennerzusammenkunft in Stresa mit den Beschluessen gegen Deutschland und wenn wir auch niemals Sorge vor Italien gehabt haben, so musste man sich sagen, dass in dieser sehr aufgeregten Atmosphaere irgend etwas leicht zum Kriege fuehren kann. Wir waren alle darueber einig, dass es die wesentliche Aufgabe der deutschen Staatsfeuhrung sein muss, einem Krieg auszuweichen.

H0371 – 0008

H0371 - 0009

F: Wir sind also zeitlich mit - - -

A: Ich möchte noch sagen, innenpolitisch bedeutete der 25. Juli die schwerste Kompromitierung des Anschlussgedankens. Wir haben darüber nachgedacht, was geschehen kann und kamen zur Folgerung: Die Reichspartei muss ihre Einmischung in die Österreichische National Partei aufgeben, denn die Österreichische Partei war ein vorweggenommener Anschluss, dafür aber soll in Österreich den Nationalsozialisten wieder die Betätigung zugegeben werden und insbesondere sollen Wahlen abgehalten werden, um das gegenseitige Kräfteverhältnis festzustellen.

F: Was mich interessiert, ist die Frage, haben Sie mit Reichsstellen damals, das ist 1936, irgendwelche Verbindungen unterhalten?

A: Ich habe mit Reichsstellen keine Verbindungen gehabt.

F: Danke. Haben Sie - -

A: Erst, wie Herr Reichsmarschall Göring schon gesagt hat, als ich Staatsrat wurde, traf ich zum ersten Mal einen führenden Deutschen in der Politik.

F: Das war?

A: Das war im Juni oder Juli 1937.

F: 1937?

A: 1937.

F: Wie war Ihre Stellung damals als Staatsrat zur NSDAP Österreichs? Was war Ihre Einstellung zur NSDAP in Österreich?

A: Als das Übereinkommen vom 11.Juli 1936 ohne jedes Zutun meinerseits, geschlossen wurde, hat mich Dr. Schuschnigg, durch Minister Klees aufgefordert, politisch mitzuarbeiten. Ich hatte eine besonders enge Verbindung mit Zernatto, dem Generalsekretär der Vaterländischen Front. Auf Vorschlag Zernatto's und seiner Freunde wurde ich österreichischer Staatsrat und Dr. Schuschnigg gab mir schriftlich den Auftrag, die Voraussetzungen zu prüfen, für die Heranziehung der nationalen Opposition zur politischen Mitarbeit. Um diesen Auftrag zu erfüllen, musste ich mich selbstverständlich mit den Nationalsozialisten in Verbindung

H0371 – 0010

setzen, denn die nationale Opposition bestand ja nurmehr aus Nationalsozialisten.

F: Wer war der Führer der NSDAP in Österreich?

A: Die Partei in Österreich hatte sich illegalwieder gesammelt und der Führer war der Hauptmann Leopold nicht verständigen können, er hat meine Politik nicht verstanden, sondern glaubte, dass Dr. Schuschnigg auf Grund des Vertrages vom 11. Juli die NSDAP in der früheren Form wieder erlauben müsse. Ich habe mit ihm 2, höchstens 3 mal in der ganzen Zeit gesprochen. Er verlangte meine Unterstellung unter ihn, die habe ich abgelehnt.

DR STEINBAUER: Darf ich in diesem Zusammenhang auf folgende Urkunden verweisen, ohne sie weiter zu verlesen? Das ist im Dokumentenbuch Nr. 44, es ist ein Auszug aus der bereits dem Gericht vorgelegten Urkunde USA-583, auf Seite 103, dann die Urkunde Nr.47, Seite 109, wo Zernatto ausdrücklich erklärt, dass sich Seyss-Inquart von den Bestrebungen Leopolds distanzierte.

Meinem Klienten wird nun von der Staatsanwaltschaft der Vorwurf des Doppelspiels gemacht. Ich habe als Gegenbeweis die Vernehmung des früheren Gauleiters Siegfried Überreither beantragt, der wurde hier vernommen. Ich möchte aus dem Fragebogen, - es ist dies Dokument Nr. 59, aus den Gegenfragen der Staatsanwaltschaft folgendes verlesen, das ist auf Seite 140.

Frage des Anklägers: War der Angeklagte Seyss-Inquart vor dem Zeitpunkt, zu dem die Nazi-Partei legalisiert, bezw. als Erste erklärt worden ist, im Februar 1938, nicht in ständiger Verbindung gestanden mit der illegalen Nazi-Partei Österreichs?

Antwort: Nein. Ich persönlich habe Seyss-Inquart nicht gekannt bis zu seinem Besuch in Graz.

Frage: In Nazikreisen hat er also nicht als Parteigenosse gegolten?

Antwort Ich glaube, ich weiss es nicht genau, dass er erst bei der Legalisierung der NSDAP beigetreten ist. Er hatte aus diesem Grunde einen grossen Widerstand in illigalen Nazikreisen, er persönlich.

H0371 - 0011

DR STEINBAUER: Auf Seite 6 der gleichen Urkunde heisst es:

Frage: Hat der Angeklagte Seyss-Inquart nicht ein Doppelspiel gespielt, auf der einen Seite seine rechtliche Position in Schuschniggs Kabinett, und auf der anderen Seite seine Mitarbeit mit der ungesetzlichen Nazi-Partei, deren Tätigkeit dann in einem gewissen Grade legalisiert worden ist durch die Bemühungen des Angeklagten in Berchtesgaden im Februar 1938?

Antwort: Ich weiss nicht, inwieweit er vor dem 12. Februar mit dem illegalen Nazikreis Fühlung hatte, das ist mir nicht bekannt, weil ich nicht in Wien war, aber seit dem 18. Februar war es kein Doppelspiel, wenn er Fühlung hatte, sondern seine Pflicht. Schuschnigg selbst hatte mit dem damaligen Führer der Nazis, vor Klausner war es Leopold, selbst mit Leopold Unterredungen."

F: Wir kommen also nun in das Jahr 1938. Wir fanden Sie anfangs des Jahres als Staatsrat der Österreichischen Regierung, die politische Situation?

A: Ich hatte in vielen Gesprächen mit Dr. Schuschnigg, vor allem aber in den dauernden Gesprächen mit Zernatto den Plan entwickelt, der meinen Folgerungen aus dem 25. Juli 1934 entsprach, man soll das Reich veranlassen, und vor allem Hitler, auf jede Einmischung in die Politik Österreichs im Wege der Österreichischen Nationalsozialisten Partei zu verzichten. Hierfür soll aber die Österreichische Nationalsozialistische Partei die Betätigungserlaubnis bekommen. Ich habe hiermit keineswegs auf den Anschluss verzichtet, aber ich war vollkommen überzeugt, dass eine legale und in Österreich verantwortliche Politik der österreichischen Nationalsozialisten mit der Zeit in deren Reihen die überwiegende Mehrheit des Österreichischen Volkes sammeln wird, ich meine der Deutschen in Österreich - und dass einer solchen Bekundung des überwiegenden Mehrheitswillens die Völkerbundmächte keinen Widerstand mehr entgegensetzen werden. Der Versuch musste gemacht werden. Adolf Hitler zu einer solchen Politik zu bewegen dadurch, dass dieses selbständige und unabhängige Österreich die Politik des Führers und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes

H0371 - 0012

unterstützt. Diesem Zwecke dienten meine Gespräche mit Feldmarschall Göring und Herrn Hess. Ich habe über das Ergibnis Dr. Schuschnigg und Zernatto berichtet und eine Koalitions-Regierung durch Aufnahme nationalsozialistischer Minister ins Kabinett empfohlen, unter der Voraussetzung, dass Adolf Hitler die entsprechenden Garantien gibt. Ich bim mit meinen Vorschlägen auf beiden Seiten nicht weitergekommen, ohne direkte Ablehnungen zu erfahren. Inzwischen betätigten sich die Nationalsozialisten in Österreich weiter illegal. Die Polizei schritt ein, es kam zu Verhaftungen, wir hatten in Österreich 3 Konzentrationslager, kurz, es war eine Art Vorläufer der Entnazifizierung, wie heute.

F: Waren Sie am Obersalzberg am 12. Februar 1938?

A: Nein. Ich möchte aber noch sagen, wie es dazu gekommen ist. Einerseits kam wieder eine Radekalisierung in die Partei. Anfang 1938 wurden die legitimistischen Tendenzen in Österreich gefördert, die Staatsräte haben Gesetze vorgeschlagen bezüglich der Rückgabe der Vermögen an die Habsburger. Meine Lage war dadurch augenblicklich unhaltbar, ich zog mich zurück, teilte dies Zernatto mit und Staatssekretär Keppler, der im Reich offiziell bestellt war, die Geschäfte der Politik mit Österreich zu führen. Auf Grund meines Auftrages fühlte ich mich verpflichtet, auch Keppler zu verständigen. Ich selbst folgte einer Einladung des Reichssportführers von Tschammer-Osten nach Garmisch- Partenkirchen. Hier traf ich Herrn von Papen, ohne Verabredung. Wir klagten uns gegenseitig unser Leid und kamen zu der Meinung, dass man beide Teile, also sowohl Hitler, als auch die Österreichisch Regierung, das ist Dr. Schuschnigg, aufmerksam machen müsse, dass eine klare Entscheidung im Sinne meiner Vorschläge notwendig sei. Damals ist bestimmt von einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten gesprochen worden. Vielleicht ist auch das Innen-Ministerium erörtert worden, mein Name ist bestimmt nicht genannt worden, aber er war der nächstliegende. Ich habe dann keine Verständigung bekommen über die Aussprachen des Herrn von Papen mit Hitler. Ich selbst habe Zernatto den Inhalt des

H0371 - 0013

Gespräches mitgeteilt. Zernatto kam mir damals in einigen Fragen entgegen, insbesondere im Ausbau der volkspolitischen Referate, die sich mit dem Nationalsozialismus zu befassen hatten; er stellte mir hierfür auch Mittel zur Verfügung. Ich glaube, es war am 10 Februar, als ich durch die Gruppe meiner Mitarbeiter die Nachricht erhielt, dass Hitler Dr. Schuschnigg nach Berchtesgaden eingeladen habe. Zu meinem Kreis gehörte Dr. Reiner, Dr. Jury, Dr. Kaltenbrunner, Langhof und einige andere.

F: Wurden Sie von dem Ausgang der Obersalzberger Unteredung verständigt?

A: Von dem Ausgange wurde ich erst durch Zernatto verständigt. Ich hatte am 11. abends, bevor Dr. Schuschnigg nach Berchtesgaden fuhr, mit Schuschnigg und Zernatto eine eigehende Aussprache. Wir einigten uns weitgehend über die Heranziehung von Nationalsozialisten, zum Beispiel Jury, Reinthaler und Fischböck für gewisse öffentliche Funktionen, aber nicht für Ministerposten. Die Frage einer Ministerschaft habe ich nicht angeschnitten, weil ich keine Verständigung hatte, wie sich Adolf Hitler zu meinen Vorschlägen an Herrn von Papen verhalten hat. Am 13. Februar hat mich Zernatto zu sich gerufen und hat mir das ihm bekannte Ergebnis und den Inhalt der Besprechung von Berchtesgaden mitgeteilt.

F: Ich möchte hier auf die Urkunde Nr. 48, Seite 111, verweisen, in der Zernatto sagt;" ich hatte den sicheren Eindruck, dass Seyss-Inquart von dem Ausgang der Aussprache un d dem Inhalt des Abkommens vom 12. Februar noch keine Kenntnis hatte." Herr Zeuge, Sie sind auf Grund dieses Übereinkommens dann Innen-Polizei-Minister geworden?

A: Am 17. Februar 1938.

F: Am 17. Februa 1938, mit dem Auftrage, die Verbindung zwischen Österreich und dem Reich herzustellen, respektive zu verbessern. Haben Sie auch mit Hitler selbst eine Aussprache gehabt?

A: Ja. In der Vereinbarung vom 12. Februar in Berchtesgaden war die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen, dass ich der Verbindung-

H0371 - 0014

mann sein soll, einerseits zwischen der Österreichischen Regierung, andererseits zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und dem Deutschen Reich. Der Inhalt des mitgeteilten Protokolls schien mir sowohl unbefriedigend,als auch riskant. Es ist gar kein Zweifel, dass meine Ernennung zum Innen- und SicherheitsMinister für die österreichischen Nationalsozialisten das Aviso, wenn nicht Signal war, mit einer Realisierung ihrer politischen Wünsche in näherer Zeit rechnen zu können. Dazu hatten sie die Erlaubnis erhalten, ihre Gesinnung zu bekennen, das heisst, sie durften das Hakenkreuz tragen und mit erhobener Hand grüssen. Was aber nicht erlaubt war, war die Organisation, das heisst, meine nationalsozialistischen Freunde in Österreich hatten keine Möglichkeit, auf legale Weise in die Nationalsozialistische Partei hineinzukommen. Durch dieses Übereinkommen sind die Schleusen geöffnet worden, ohne, dass für einen geregelten Ablauf Worge getragen war. Ich habe daher den Entschluss gefasst, selbst zu Adolf Hitler zu fahren und mich zu vergewissern, ob mein Plan seine Genehmigung findet. Ich bin im Einvernehmen mit Dr. Schuschnigg gefahren, mit dem Österreichischen Diplomaten-Pass.

H0371 – 0015

F: Wann haben Sie nun mit Hitler gesprochen?

A: Ich habe früher ein falsches Datum angegeben; ich bin am 16. Februar Minister geworden, und am 17. Februar nach Berlin gefahren. Ich hatte mit Adolf Hitler eine über zweistündige Unterredung unter vier Augen.

Die Anklage hat darauf verwiesen, dass ich Adolf Hitler gegenüber sofort betont habe, ich sei österreichischer Minister und als solcher in Österreich verantwortlich. Ich habe mir diese folgenden Notizen gemacht auf der Rückseite eines Briefes in Kurzschrift, ich habe diese Notizen einige Wochen später meiner Sekretärin in die Maschine diktiert, und möchte an Hand derselben den Inhalt meines Gespräches mit Hitler wiedergeben. Meine Ausführung ---

DR. STEINBAUER: Herr Zeuge, möglichst kurz, vielleicht Schlagworte.

A: Das ist aber das Wichtigste meiner ganzen Verantwortung.

"Voraussetzung für Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist, dass ich auf dem Boden des selbständigen und unabhängigen Österreich's stehe. Die weitere Entwicklung, einschliesslich Anschluss, muss von der österreichischen Verfassung ausgehen. Die Willensbildung in Österreich muss unabhängig sein nach den heutigen Verfassungsmöglichkeiten. Ich muss für Dr. Schuschnigg der lebendige Garant des revolutionären Weges sein.

Ich könne mich nicht dazu hergeben, ein trojanischer Pferdeführer zu sein. Die Partei und Bewegung darf keine kulturschänderische Haltung einnehmen, die Partei in Österreich darf auch nicht die Totalitäten anstreben, das soziale Gedankengut darf nur unter Anerkennung und Berücksichtigung der Gegebenheiten in Österreich verwirklicht werden, und nicht den anderen mit Gewalt aufgezwungen werden, die illegale Partei an sich wird nicht sofort verschwinden, aber sie darf sich nicht illegal betätigen, sonst muss ich die Einzelnen als Innen- und Sicherheitsminister einsperren. Adolf Hitler stimmte im Wesentlichen zu und sagte mir, es komme nicht auf die 25 Partei-Programmpunkte an, man kann

H0371 - 0016

kein Dogma verkünden, man muss vom Gesamtdeutschen und Volksdeutschen zum nationalsozialistischen Gedankeninhalt kommen."

Das war der Inhalt meiner Besprechung mit Adolf Hitler am 17. Februar von 12 bis 2.10 Uhr.

F: Haben Sie ---

MR! DODD: Ich hörte, dass der Zeuge soeben sagte, dass er niederschrieb, was man in dieser Zusammenkunft besprach, und später seinem Sekretär diktiert hat. Es ist mir nicht klar, ob er gerade das, was er niedergeschrieben hat verlas; wir haben solche Notizen nie gesehen und er soll doch im Protokoll klar zum Ausdruck gebracht werden.

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer, hat der Angeklagte diese Notizen in seinem Besitz?

DR. STEINBAUER: Das Original wurde ihm schliesslich seiner Verhaftung abgenommen.

VORSITZENDER: Angeklagter, haben Sie die Frage gehört, die ich stellte? Haben Sie diese Notizen in Ihrem Besitz?

ZEUGE: Das Original dieser Notiz befand sich in meinen Akten in Wien. Ich habe den Antrag gestellt, unter den von mir aufgefundenen Akten nachzusehen, ob sich diese Notiz darunter befindet. Eine in meiner Hand befindliche Abschrift der Notiz habe ich bei einer meiner ersten Vernehmungen durch die Anklage der Anklagebehörde überreicht; sie befindet sich in den Akten

der Anklage. Ich habe aber nur Abschriften hier, ich habe kein Original hier.

VORSITZENDER: Eine Abschrift wäre genau so gut.

ZEUGE: Ich habe der Verteidigung eine Abschrift zur Verfügung gestellt.

DR. STEINBAUER: Ich habe sie Ihnen zurückgestellt.

ZEUGE: Sie können diese doch vorlegen.

DR. STEINBAUER: Vielleicht legen Sie sie vor.

(Schriftstück wird dem Gericht ausgehändigt.)

H0371 - 0017

VORSITZENDER: Wollen Sie dieser Notiz eine Exhibitnummer geben, Herr Dr. Steinbauer?

DR. STEINBAUER: Nr. 61, weil ich die anderen sonst durcheinanderbringe.

VORSITZENDER: Jawohl.

MR! DODD: Herr Vorsitzender, ich bin mir nicht recht klar, darüber, auch nicht meine Kollegen, wir haben niemals eine Abschrift von solchen Notizen in die Hand bekommen, wovon der Angeklagte sagt, dass er sie zur Zeit der Besprechungen mit Hitler gemacht hätte. Eine solche Abschrift haben wir in unseren Akten nicht. Was nicht klar ist, ist ob er diese Notizen sofort nach der Zusammenkunft zusammengestellt hat, oder einige Wochen später. Das Originael davon wäre in unserem Besitz, behauptet er.

VORSITZENDER: Herr Angeklagter, sagen Sie, dass das Dokument, das Sie jetzt Ihrem Verteidiger gegeben habe, eine Abschrift Ihres Dokumentes ist, von dem Sie sagen, dass Sie es der Anklagebehörde während Ihres Verhörs übergeben hätten, und zwar eine Abschrift der stenographischen Notizen, die Sie damals machten?

ZEUGE: Herr Präsident, die Originael-Notiz habe ich mir am Nachmittag des 17. Februar gemacht. Einige Wochen später habe ich diese in Kurzschrift verfasste Notiz meiner Sekretärin in die Maschine diktiert. Davon hatte ich mehrere Abschriften. Eine dieser Abschriften, die ich hatte, habe ich im Sommer bei meinem Verhör durch die Anklage einmal der Anklage vorgelegt. Eine zweite habe ich jetzt meinem Verteidiger überreicht. Das sind Abschriften nach der Originalnotiz, wenige Wochen nach der Unterredung. Das Original war in Wien in meinen Geheimakten.

VORSITZENDER: Sehr gut.

MR! DODD: Können wir vielleicht einmal hören, wem dieser Angeklagte eigentlich die Abschrift der Notiz ausgehändigt hat.

VORSITZENDER: Wissen Sie, wer Sie damals verhört hat?

H0371 - 0018

ZEUGE: Herr Dodd selbst.

MR! DODD: Wir haben sie nicht.

ZEUGE: Ich glaube, ich habe Recht, wenn ich das behaupte.

DR. STEINBAUER: Herr Präsident, es deckt sich der Inhalt im wesentlichen auch mit der freiwilligen Erklärung, die der Angeklagte ---

MR! DODD: Ich glaube, dass dies wichtig genug ist, sodass wir es hier aufklären müssen. Ich habe eine Abschrift des Verhörs, eines der ersten dieses Zeugen, aus welcher hervorgeht, dass er keine Abschrift davon hätte, aber sie befänden sich in einer schwarzen Ledermappe in Mondorf und er bat mich, sie für ihn zu besorgen. Ich sagte, wir werden es versuchen, aber wir haben sie nie gefunden. Das ist im Protokoll des Verhörs.

ZEUGE: Darf ich bemerken, dass ich sie bekommen habe. Ich habe die schwarze Aktenmappe ins Gericht bekommen und da war sie drin, und ich habe bei meinem Verhör die Abschrift vorgelegt.

VORSITZENDER: Fahr n Sie fort, Dr. Steinbauer.

DR. STEINBAUER: Ich möchte bemerken, dass das Wesentliche gleichlautend, die Urkunde Nr. 49, Seite 113, ist, und dass der Angeklagte, heutige Zeuge, vom Inhalt dieser Unterredung auch Schuschnigg bestätigt hat. Das ergibt sich aus der Urkunde Nr. 65 auf Seite 158.

F: Ich frage Sie nun, Herr Zeuge, war Hitler mit Ihren Vorschlägen einverstanden?

A: Er hat zu vielen Dingen ausdrücklich "ja" gesagt, bei anderen Dingen hat er gezweifelt, ob die österreichische Regierung darauf eingehen wird; aber der Gesamteindruck war, dass diese Politik möglich schien.

F: Es wurde Ihnen im weiteren in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht, dass Sie als Innen- und Polizeiminister die Exekutive unter die Kontrolle der Nazi gebracht haben.

A: Ich möchte die Hauptausführungen zu dieser Frage den von mir geführten Zeugen, Dr. Seubl, überlassen.

H0371 - 0019

Dr. Scubl ist nach dem Mord Dollfuss ein besonderer Vertrauensmann der österreichischen Regierung gewesen, und wurde mir als Staatssekretär und Generalinspekteur für das Sicherheitswesen zur Seite gegeben, offenbar auch für eine gewisse Kontrolle. Ich hatte dagegen nichts einzuwenden und war sehr zufrieden, einen solchen Fachmann zu haben.

Ich möchte nur kurz erwähnen, die Befehlsgebung über die gesamte Exekutive führte Scubl. Ich habe an die österreichische Polizei niemals einen direkten Befehl gegeben. Scubl bekam Weisungen von Dr. Schuschnigg insbesondere am 10. und 11. März. Ich habe nicht einen einzigen Nationalsozialisten in die österreichische Polizei gebracht.

F: Gut, das genügt.

A: Vielleicht darf ich noch auf die öffentliche Aufforderung das Gericht verweisen.

DR. STEINBAUER: Ich möchte in diesem Zusammenhang auf 2 Urkunden verweisen. Es ist dies die Nr. 51 und die Nr. 52, Seite 117, respektive 119; es geht dann schon in das 2. Dokumentenbuch über. Die erste Rede ist eine Rede des Angeklagten als Minister zu seinen Polizeileuten und die 2. Rede ist eine Rundfunkrede, die er in Linz gehalten hat.

F: Wir kommen nun zu den kritischen Märztagen. Haben Sie, und von wem haben Sie von dem Abstimmungsplan Schuschnigg's erfahren?

A: Am Tage, bevor Dr. Schuschnigg in Insbruck den Abstimmungsplan verkündet hat, hat er mich zu sich gerufen, und mir seinen Plan mitgeteilt. Ich habe ihn damals gefragt, ob dieser Entschluss unabänderlich sei, er hat mir das bestätigt. Ich habe meiner Besorgnis Ausdruck gegeben, dass das zu Schwierigkeiten führen könnte, habe ihm aber zugesagt, ihm nach Möglichkeit zu helfen, entweder über diese Abstimmung hinwegzukommen, oder sie zu einen brauchbaren Ergebnis zu führen, nämlich auch für die Nationalsozialisten. Mit den österreichischen Nationalsozialisten hatte ich natürlich dauernde Verbindung, denn ich

H0371 - 0020

war ja der Verbindungsmann. Ich habe in verschiedenen Versammlungen mit Wissen Zernatto's und Dr. Schuschnigg's gesprochen, beziehungsweise wie ich zu Adolf Hitler gesagt habe. Ich habe jede Demonstrationsmöglichkeit vermieden und solche Demonstrationen, als Innenminister, auch untersagt. Ich verweise auf das allgemeine Versammlungsverbot, das ich miterlassen habe, und auf das ausdrückliche Verbot einer Demonstration in Graz, wie sich aus dem Fragebogen des Zeugen Überreither ergibt.

F: Haben Sie nun von Schuschnigg irgend eine Zusage bekommen.?

A: Nein, Ich bemerke, dass ich noch am selben Abend von Dr. Jury angesprochen wurde, der auf irgend eine Weise bereits den Abstimmungsplan erfahren hat. Im Sinne einer Zusage an Dr. Schuschnigg habe ich mich hierzu nicht geäussert, obwohl ich eigentlich mir ein Schweigeverbot hätte nicht auferlegen dürfen, im Hinblick auf meine Verbindungsmann-Funktion im Vertrag vom 12. Februar. Ich habe es aber gehalten.

DR. STEINBAUER: Herr Präsident, ich meine, dass es eine gute Zeit zur Vertagung wäre, für eine kurze Pause.

VORSITZENDER: Sehr gut, ja.

(P a u s e)

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Wir sind also bis zur Abstimmung, die Schuschnigg plant gekommen. Das Ende ist bekanntgeworden und wir kommen nun zum 11. März. Was haben Sie an diesem Vormittag gemacht?

A: Ich muss bemerken, dass ich am Tage vorher oder zwei Tage vorher nach Rücksprache mit österreichischen Nationalsozialisten an Dr. Schuschnigg einen Brief geschrieben habe, in dem ich zur Abstimmung Stellung genommen habe, nunmehr schon im ablehnenden Sinne. Die Gründe lagen im wesentlichen darin, da ein reguläres Abstimmungsergebnis nicht garantiert sei, weil es sich nicht um eine richtige Abstimmung im Sinne der staatlichen Gesetze handelt. Die Abstimmung ist ja auch nicht von

H0371 – 0021

Ministerrat beschlossen worden, sondern von der Vaterländischen Front, also von der Partei angeordnet und auch von ihr durchgeführt gewesen. Der Vorschlag ging dahin, die Abstimmung zu vertagen und eine regelrechte Wahl durchführen zu lassen mit allen Kautelen, die gesetzmässig für eine Wahl gegeben sind. Am 10. März abends habe ich in Gegenwart des Aussenminister Schmidt noch eine ausführliche Besprechung mit Schuschnigg gehabt und wir kamen überein, dass sowohl die Regierung als auch die Landesregierungen usw. durch Nationalsozialisten zu ergänzen sind, also praktisch eine Koalitionsregierung geschaffen wird., in welchem Fall dann die Nationalsozialisten auch mit Ja stimmen werden. Nur bezüglich der Erlaubnis der Partei bezw. der Betätigung waren noch Differenzen. Ich machte hiervon den österreichischen Nationalsozialisten Mitteilung. Die waren aber nicht sehr interessiert daran. Aus Berlin war eine Nachricht gekommen, dass Hitler die Abstimmung ablehne. Man sagte mir, ich werde am nächsten Tag einen Brief von Hitler bekommen.

F: Haben Sie so einen Brief bekommen?

A: Jawohl, ich habe durch einen Kurier einen Brief Hitlers bekommen. Ich glaube mit einiger Gewissheit sagen zu können, dass auch der Entwurf für ein Einmarschtelegramm bei dem Brief war. Ich kann mich aber nicht erinnern, ob auch der Entwurf für eine Radiorede enthalten war.

F: Was haben Sie nun vormittags gemacht nach Erhalt dieses Briefes?

A: Ich bin nach Erhalt dieses Briefes mit Minister Glaise-Horstenau zu Dr. Schuschnigg. Wir waren um 10. Uhr im Bundeskanzleramt und ich habe Bundeskanzler Schuschnigg den gesamten Inhalt dieses Briefes rückhaltlos mitgeteilt. Ich habe insbesondere darauf verwiesen, dass Adolf Hitler für den Fall der Ablehnung mit Unruhen unter den österreichischen Nationalsozialisten rechnet und dass er bereit sei, wenn es zu Unruhen komme auf einen Hilferuf einzumarschieren. Ich habe also Bundeskanzle

H0371 – 0022

Schuschnigg auf die Möglichkeit dieser Entwicklung ausdrücklich aufmersam gemacht.

F: Haben Sie von ihm eine Antwort verlangt?

A: In dem Schreiben war eine Befristung bis 12 Uhr mittags. Da unsere Unteredung etwa bis 1/2 12 Uhr gedauert hat, habe ich Bundeskanzler Schuschnigg gebeten, mir um 2 Uhr eine Nachricht zukommen zu lassen. Ich weiss, dass er in der Zwischenzeit und schon am Tage vorher Sicherheitsmassnahmen getroffen hat durch Dr. Fugl, denen ich zugestimmt habe. Es wurden einige Jahrgänge des österreichischen Bundesheeres einberufen, die Polizei wurde überall konsekriert und am Abend ein Ausgehverbot verhängt.

F: Was war dann am Nachmittag des 11. März?

A: Ich bin mit Minister Glaise um 2 Uhr ins Bundeskanzleramt gekommen. Wir hatten zuerst eine Unterredung mit Schuschnigg. Bundeskanzler Schuschnigg lehnte eine Vertagung ab. Nahezu im selben Augenblick wurde ich ans Telefon gerufen. Am Telefon befand sich Feldmarschall Göring. Die Telefongespräche

H0371 - 0023

liegen hier unter der Zahl USA-76 vor.

Und nun begann ein gegenseitiges Rezitieren und Nachlaufen. Als ich Feldmarschall Goering mitteilte, dass Bundeskanzler Schuschnigg die Vertagung ablehnte, erklaerte er im Namen des Reiches, die Demission Schuschniggs verlangen zu muessen, weil er das Uebereinkommen vom 12. Februar gebrochen habe, das Reich kein Vertrauen zu ihm habe. Nun war Schuschnigg bereit zu vertagen, aber nicht zurueckzutreten.Daraufhin hat Goering nicht nur den Ruecktritt Schuschniggs, sondern meine Ernennung zum Bundeskanzler verlangt. In einer Unterredung mit Bundeskanzler Schuschnigg um 1/2 4 Uhr nachmittags erklaerte dieser, dass er dem Bundespraesidenten die Gesamtdemission des Kab inetts ueberreichen werde. Als ich das mitgeteilt bekam, habe ich das Bundeskanzleramt verlassen, weil ich meine Funktion als Mittelsmann im Sinne des Uebereinkommens vom 12.Februar als beendet angesehen habe und in keiner Weise dafuer eintreten wollte und intervenieren wollte, selbst Bundeskanzler zu werden.

F: Darf ich hier in diesenZusammenhang auf meine Urkunde Nummer 58, Seite 134 verweisen.Es ist dies ein Auszug aus den Telefongespraechen Goerings, wo Goering sich berichten laesst und wo Seyss-Inquart ueber sein Verhaeltnis Deutschland-Oesterreich eine Erklaerung abgibt. Es heisst hier:
"Ja er meint, dass die Unabhaengigkeit Oesterreichs verbleiben muesse".
Nun, was war in den spaeten Nachmittagsstunden des 11. Maerz ?

A: Es ist in diesen Telefongespraechen auch der Vorschlag gemacht worden, dass die Parteiformation, die emigrierte Legion nach Oesterreich kommen soll. Aus dem gleichen Telefongespraech ergibt sich, dass ich das nicht haben wollte, sondern dass ich vor dem Einmarsch irgend einer Formation in Oesterreich Wahlen oder eine Abstimmung durchfuehren wollte.
Im Laufe des Nachmittags ist denn Staatssekretaer Keppler nach Wien gekommen und er ersuchte mich ihn zu informieren. Daraufhin kam ich wieder ins Bundeskanzleramt. Ich wurde wiederholt von Berlin aufgefordert, selbst beim Bundespraesidenten zu intervenieren, dass ich Bundeskanzler werde. Ich habe das immer abgelehnt.

F: Und was hat die oesterreichische NSDAP damals gemacht ?

A: Die Partei in Oesterreich begann zu demonstrieren. Die Parteimitglieder sind auf die Strasse gegangen, haben die Strassen gefuellt und ob es nur Parteianhaenger waren oder Mitlaeufer, es schwoll zu einer ausserordentlich grossen

H0371 – 0024

Demonstration gegen das System und fuer die Nationalsozialisten an.

F: Wie war die Stimmung in den Bundeslaendern ?

A: Ich habe mit den Bundeslaendern keine Verbindung gehabt, sondern erst entweder ganz spaet in der Nacht oder am naechsten Tag erfahren, dass dort noch viel staerker als in Wien grosse Demonstrationen ganz grosser Volksmengen waren, die sich gegen die Vaterlaendische Front und fuer die Nationalsozialisten ausgesprochen haben.

F: Welche Loesungsversuche hat Bundespraesident Miklas nun in dieser Situation versucht ?

A: Da kann ich aus eigener Wahrnehmung gar nichts sagen, denn ich bin bis abends 8 Uhr und ueberhaupt niemals mit so etwas befasst worden. Man hat nicht mit mir gesprochen ueber eine Bundeskanzlerschaft; man hat mit mir auch nicht ueber andere Loesuhgsmoeglichkeiten gesprochen. Ich habe gehoert, dass der Bundespraesident Dr. Ender aus Vorarlberg zum Kanzler machen wollte und mich zum Vizekanzler. Ich glaube, dass das durchaus ein brauchbarer Vorschlag gewesen war. Ich konnte mich damit aber auch gar nicht auseinandersetzen und noch weniger mit Berlin, weil man mir davon nichts gesagt hat.

F: Als sich nun die Ereignnise ueberstuerzten und Schuschnigg seine Demission angeboten hat, haben Sie eine Kabinettsliste zusammengestellt ?

A: Es war im Verlaufe des Abends klar, dass Bundeskanzler Schuschnigg zurueecktreten werde und dass das Reich eine andere Regierung als eine nationalsozialistische nicht dulden wuerde. Ich habe es daher als meine Aufgabe angesehen, um nicht ueberrascht zu werden, nachzudenken, wen ich in ein Kabinett nehmen soll. Ich bemerke, dass mir die Vorschlaege, die in den Telefongespraechen erwaehnt sind, ueberhaupt nicht uebermittelt waren. Ich habe meine Mitarbeiter vollstaendig frei, natuerlich nach Ruecksprache mit oesterreichischen Nationalsozialisten gewaehlt. Darunter befanden sich auch katholisch gebundene Leute, wie Professor Mengin, Dr. Wolff und andere. Ich habe Aussenminister Schmidt ersucht, in das Kabinett einzutreten. Er hat mich gefragt, warum. Ich habe ihm gesagt: "Ich moechte Oesterreich selbstaendig und unabhaengig halten und brauche einen Aussenminister, der Beziehungen zu den Westmaechten hat". Schmidt lehnte ab mit der Bemerkung, dass Bundeskanzler Schuschnigg ihn in das Kabinett eingefuehrt hat und er werde Bundeskanzler Schuschnigg die Treue halten.

H0371 - 0025

F: Ich moechte nun hier einige Urkunden vorlegen. Es ist dies die Urkunde Nr.50 Seite 115 aus Zernatto's Buch ueber die Stellung Seyss-Inquarts, ferner Seite 125, Dokument 54, ebenfalls aus dem Zernatto-Buch. Es heisst: "Seyss-Inquart hat die Entwicklung nicht mehr in Haenden" und als naechstes die Urkunde Nr.62 Seite 149, in dem Zernatto ein Gespraech mit dem Zeugen Dr.Seyss-Inquart anfuehrt, wo er sagt, er lasse in zwei Punkten mit sich handeln, als erstes, Selbstaendigkeit Oesterreichs und als zweites die Moeglichkeit fuer das konservativ-katholische Klement, sein Eigenleben zu entfalten.
Nun kommen wir zu einer sehr wichtigen Frage. Sie haben dann eine Rundfunkrede gehalten, in der Sie sich als Minister bezeichnet haben, obwohl Schuschnigg schon seine Demission genommen hatte.

A: Die Situation ist folgende gewesen: Die Gesamtdemission des Kabinetts ist vom Bundespraesidenten nicht angenommen worden, das heisst, wir und auch ich sind Minister geblieben. Als Dr.Schuschnigg seine Abschiedsrede gehalten hat, hat er nicht von der Demission und Gesamtdemission gesprochen. Er hat nur davon gesprochen, "wir weichen der Gewalt". Es war damals zwischen Dr.Schuschnigg und Bundespraesident Miklas besprochen worden, dass ich nicht ausdruecklich zum Bundeskanzler ernannt werde, sondern nach Massgabe des Einmarsches der deutschen Truppen die Vollzugsgewalt auf mich uebergehen solle. Ich war also de facto Innen- und Sicherheitsminister.

F: Die Anklage behauptet, dass Sie selbst auch einen Druck auf den Bundespraesidenten Miklas ausgeuebt haben zu Ihrer Ernennung ?

A: Ich habe Bundespraesident Miklas ueberhaupt nicht gesehen bis vielleicht um 9 Uhr oder 10 Uhr abends nach der Rede Schuschniggs "wir weichen der Gewalt".

F: Ich moechte diese Rede des Bundeskanzler Dr.Schuschnigg vom 11.Maerz 1938 dem Gericht vorlegen unter Nr.53 Seite 122, wo Schuschnigg erklaert, "der Herr Bundespraesident beauftragt mich dem oesterreichischen Volk mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis auch in dieser ernsten Stunde deutsches Blut zu vergiessen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, fuer den Fall, dass der Einmarsch durchgefuehrt wird, ohne Widerstand sich zurueckzuziehen und die Entscheidung in den naechsten Stunden abzuwarten.

F: Die Anklagebehoerde, Herr Zeuge, sieht diesen Druck auch in den Umstand,

H0371 - 0026

dass damals SS-Abteilungen in das Bundeskanzleramt gerufen wurden. Was sagen Sie dazu ?

A: Ich glaube, es war nach der Abschiedsrede Schuschniggs. Da habe ich in den Vorzimmern vielleicht 10 oder 15 junge Leute in schwarzer Hose und weissen Hemden gesehen, das war also SS. Ichhatte den Eindruck, dass sie Boten- und Ordonnanzdienste fuer Staatssekretaer Kaeppler und die anderen machen. Als sie sich den Raumen naherten, in denen Bundeskanzler Schuschnigg und Bundespraesident Miklas war, habe ich Posten der Wachabteilung des Oesterreichischen Gardebataillons angefordert und habe sie vor diese Raume hingestellt. Ich bemerke, das waren ausgesuchte vaterlaendische Maenner, die nach oesterreichischem Begriff bestens bewaffnet waren, waehrend diese hoechstens 40 SS-Maenner vielleicht Pistolen gehabt haben. Aber darueber hinaus war 50 Schrit vom Bundeskanzleramt entfernt die Garnison des Gardebataillons gewesen., mit ein paar Hundert ausgesuchten und gutbewaffneten Maennern. Wenn Bundespraesident Miklas und Bundeskanzler Schuschnigg keine andereSorge gehabt haetten, als die, was sich im Bundeskanzleramt und der Strasse davor abgespielt hat, so haetten sie mit Leichtigkeit durch Alarmierung des Garde-Bataillons der ganzen Angelegenheit ein Ende machen koennen.

F: Die Anklagebehoerde hat Ihnen ein Affidavit des Gauleiters von Oberoesterreich Eigruber vorgehalten, wo behauptet wird, dass Sie schon, bevor Sie Bundeskanzler geworden sind, die Machtergreifung in den einzelnen Bundeslaendern angeordnet haben ?

A: Das ist vollkommen unrichtig. Der Gauleiter von Oberoesterreich behauptet auch nicht, dass er mit mir gesprochen hat. Ich glaube, er sagte, er haette ein Telegramm mit meiner Unterschrift bekommen. Ich habe an keinen Gauleiter und ueberhaupt niemanden ein Telegramm oder muendliche Aufforderung gerichtet, die Macht zu uebernehmen.
Ich habe spaeter von Globotschnik erfahren, dass er die Machtergreifung durchgefuehrt habe. Er hat mir das mit den Worten gesagt, "wissen Sie, ich habe fue Sie die Macht ergriffen und Regierung gespielt, aber ich habe Ihnen nichts gesagt, denn Sie waeren dagegen gewesen ".

F: Weil Sie sagen, Sie waeren dagegen gewesen, es war ja mittlerweile der Einmarsch erfolgt, wie der Angeklagte Reichsmarschall Goering geschildert hat. War die Bevoelkerung gegen diesen Einmarsch, was ist Ihre Meinung ?

H0371 - 0027

A: Mankann dies nicht als einen Einmarsch bezeichnen. Das war ein stuermisch bejubelter Einzug deutscher Truppen. Es hat kein Dorf gegeben, selbst mit einer stockkatholischen Bevoelkerung, das nicht in stuermischen Jubel ausgebrochen waere und keinen Arbeiterbezirk, in dem es nicht dasselbe gewesen waere. Ich war mir uebrigens mit Dr.Schuschnigg darueber vollkommen im klaren. Er hat einmal 1937 mit den Worten zugestimmt, der Einmarsch deutscher Truppen in Oesterreich koennte durch nichts aufgehalten werden als durch die Ovationen der Bevoelkerung.

F: Ich moechte in diesem Zusammenhang auf eine Urkunde verweisen, Nr.37, Seite 86. Es ist dies ein Zitat aus dem Buch von Sumner Welles "The Time for Decision". Er schildert ein Gespraech zwischen ihm und dem italienischen Aussenminister Graf Ciano und sagt folgendes: "Vor der Besetzung Oesterreichs kam Dr.Schuschnigg nach Rom. Er gab offen zu, dass im Falle einer Besetzung Oesterreichs fuer Deutschland die Mehrheit der Oesterreicher bei der Besetzung mitmachen wuerde und dass die Oesterreicher sich wie ein Mann mit dem Deutschem zum Kampf gegen Italien zusammenschliessen wuerden, wenn Italien Truppen nach Deutschland schicken sollte um die Besetzung zu verhindern".
Wir gehen nun, Herr Zeuge, zum 12.Maerz ueber. Haben Sie nicht zu dieser Zeit mit Hitler ein Telefongespraech gehabt ?

A: Jawohl und zwar habe ich den Fuehrer aufgerufen. Das geht zurueck auf die Tatsache des Einmarsches. Ich moechte noch wiederholen und nachholen, am Tage vorher, etwa um 7 Uhr, haben die Verhandlungen auf einmal aufgehoert. Alles hat gewartet. Um 1/2 8 Uhr kam Staatssekretaer Seubl mit der Meldung, der Einmarsch der deutschen Truppen haette jetzt begonnen, wie ein Grenzposten gemeldet habe. Goering hat ihn ja auch schon wiederholt angekuendigt. In der Meinung, dass der Einmarsch tatsaechlich im Gange ist, hat Schuschnigg seine Abschiedsrede gehalten. Damit ist das System der Vaterlaendischen Front zurueckgetreten gewesen. Und ich erklaere ausdruecklich, bis zu diesem Augenblick habe ich nichts gemacht, was irgendwie die Inkontrollnahme Oesterreichs, wie es heisst, richtig gesagt, was die Betaetigung der Nationalsozialisten bewusst und die Machtergreifung bewusst foerderte.
Was ich getan habe war lediglich die Vermittlung des Antrages im Sinne des 12. Februars. Und im Augenblick, wo die Vaterlaendische Front abgetreten ist, habe ich in mir die Verantwortung gefuehlt, handelnd einzugreifen. Ich habe

H0371 – 0028

selbst eine Rundfunkrede gehalten, aber nicht die, die man mir in der Fruehe vorgeschrieben hat. Ich habe nicht von einer provisorischen Regierung gesprochen, sondern mich als Innenminister bezeichnet. Ich habe erst in diesem Augenblick die SA und SS als Hilfspolizei eingestellt und ebenso wie Schuschnigg den Befehl gegeben, dem Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen. In der weiteren Folge wurde ich zum Bundeskanzler ernannt und mein Ministerium genehmigt. Ich habe noch in derselben Nacht in meinem Wagen Dr.Schuschnigg nach Hause gebracht, weil ich die Sorge hatte, dass ihm etwas passieren koennte, allenfalls durch Provokateure. Ich habe Dr.Kaeppler gebeten, dem Fuehrer aufzurufen, dass der Einmarsch nicht durchgefuehrt werde. Darueber hat ja Goering hier gesprochen. In der Fruehe habe ich nochmals aufgerufen, habe dem Fuehrer am Flugplatz in Linz getroffen und da der Einmarsch im vollen Gange war, habe ich ihn ersucht, ob es nicht moeglich sei, dass auch oesterreichische Truppen ins deutsche Reich einmarschierten, damit wenigstens symbolisch die Gleichberechtigung aufrechterhalten bleibt. Der Fuehrer hat dem zugestimmt und tatsaechlich sind oesterreichische Truppenteile in Muenchen, Berlin usw. in oesterreichischer Uniform marschiert.

F: Nun, wie haben Sie sich die weitere Entwicklung der Lage in Ihrer Eigenschaft als neuernannter Bundeskanzler vorgestellt ?

A: Da das System der Vaterlaendischen Front zusammengebrochen war, konnte ich meine Idee einer Koalitionsregierung nicht mehr verfolgen. Es war mir also klar, dass eine nationalsozialistische Reigerung mit einen sehr starken katholischen Einschlag die Geschaefte fuehrt, aber nicht in Form eines sofortigen Anschlusses, sondern bei Durchfuehrung entsprechender Wahlen und Abstimmung im Wege einer Wirtschafts- und allenfalls Militaerunion mit dem Deutschen Reich.

F: Herr Praesident, ich moechte in diesem Zusammenhang eine ausserordentlich wichtige Urkunde vorlegen, die nun ganz neu das Zustandekommen des Anschlussgesetzes darstellt. Es ist das eine beeidigte Aussage des hier im Gefaengnis befindlichen Staatssekretaers des Innenministeriums Dr.Stuckhardt. Ichueberreiche sie dem Gericht und moechte aus dieser Aussage zusammenfassend folgendes feststellen:

VORSITZENDER: Wo ist das Dokument ?

A: Das ist nicht im Dokumentenbuch, weil es nachtraeglich erst gekommen ist. Die Uebersetzungen sind noch nicht angefertigt. Ich will sie nur ganz kurz erwaehnen, damit der Zusammenhang sichergestellt ist. Ich habe das Original dem Gericht vorgelegt und indem der Zeuge folgendes sagt: ...

H0371 – 0029

VORSITZENDER: Sie werden dem Dokument doch eine Nummer geben.

DR.STEINBAUER: Nr.92.

F: Wahrscheinlich wollte Hitler in Personalunion der Praesident Oesterreichs werden. Er sagt, dass er von Frick diesbezueglich einen Auftrag bekommen hat, ein solches Gesetz auszuarbeiten, und dass er ueberraschend nach Linz beordert wurde. ...

VORSITZENDER: Einen Augenblick bitte, Dr.Steinbauer.

DR.STEINBAUER: Es bestehen auch in der hollaendischen Sache einige Affidavits, die jetzt erst gekommen sind. Vielleicht ist es zweckmaessig, diese Urkunden erst vorzulesen, wenn sie uebersetzt sind.

VORSITZENDER: Die Anklagebehoerde wird doch die Erklaerung auch haben.

DR.STEINBAUER: Sie hat sie schon.

F: Wenn ich fortfahren darf, er sagt, dass er den Auftrag bekommen hat, ueberraschend in Linz von Hitler ein Gesetz zu entwerfen, das den direkten totalen Anschluss beinhaltet, das heisst, Oesterreich soll ein Land des Deutschen Reiches werden, wie etwa Bayern und die uebrigen deutschen Laender. Dieses Gesetz habe er auftragsgemaess ausgearbeitet, ist nach Wien geflogen und habe es dort den versammelten Ministern zur Annahme vorgelegt. Den Eindruck des Anschlusses auf die Bevoelkerung moechte ich durch drei Urkunden nachweisen und zwar erstens, die Nummer 30. Es ist dies die Begruessungsfeier des Fuehrers auf dem groessten Platz in Wien, dem Heldenplatz, durch die Wiener Bevoelkerung. Bei dieser Gelegenheit, am 15.Maerz, hat der Zeuge den Fuehrer begruesst und folgendes gesagt: "Wonach Jahrhunderte deutscher Geschichte gerungen haben, worauf ungezaehlte Millionen der besten Deutschen geblutet haben, was in heissem Ringen letztes Ziel war, was in bitterster Stunde letzter Trost war, ist heute vollendet worden. Die Ostmark ist heimgekehrt".
Hitler hat nun den Auftrag gegeben, dass dieses Anschlussgesetz durch eine Volksabstimmung seitens der oesterreichischen Bevoelkerung sanktioniert werde. Das war das Resultat dieser Abstimmung, es war dem Gericht ja durch andere Urkunden, die schon frueher vorgelegt wurden, bekannt. Ich moechte dazu nur auf weiteres verweisen, erstens auf die Stellungnahme der katholischen Bischoefe. Es ist dies das Dokument Nr.32,Seite 73 und des derzeitigen Bundespraesi-

H0371 - 0030

denten Dr.Karl Renner zur Abstimmung, das Dokument Nr.33, Seite 76. Ueber die Stellung der uebrigen Maechte der Umwelt zu der Anschlussfrage werde ich den Zeugen Schmidt anfuehren, da er der berufene Mann war, als Aussenminister. Ich moechte nun ein Dokument vorlegen, das ist das Dokument Nr.38 Seite89, es ist dies die Unterhausrede des damaligen Ministerpraesidenten Chamberlain, der zum Anschluss interpellierend folgendes sagt, dass niemand diese Handlung Deutschlands aufgehalten haette, es dei denn, dass wir und die Anderen bereit gewesen waeren, Gewalt anzuwenden, um sie zu verhindern. Nun ist Oesterreich angeschlossen, ist ein Teil des Grossdeutschen Reiches, Seyss-Inquart Bundeskanzler.

F: Ich frage Sie, sind Sie Bundeskanzler geblieben oder haben Sie eine andere staatliche Funktion erhalten nach der Machtuebernahme ?

H0371 - 0031

F: Als ich am 13. in der Nacht den Führer das Anschlussgesetz gemeldet habe, habe ich Gelegenheit genommen, drei Fragen sofort zu erörtern. Das war allerdings nicht leicht; denn der Führer war sehr bewegt und hat geweint.

Ich habe zuerst gebeten, dass die Österreichische Partei eine eine relative Selbstständigkeit behalte unter einem Österreicher als Landesleiter.

Zweitens, dass Österreich als staatlicher Bereich auch eine gewisse Selbstständigkeit bekomme. Der Führer sagte zum Ersten möglich. Zum Zweiten sagte er ja, es werde ein eigener Reichsstadthalter kommen. Bei dieser Gelegenheit bin ich aufgestanden und habe dem Führer gebeten wieder als Rechtsanwalt in meinen Privat-Beruf zurückgehen zu können, und als drittes habe ich gebeten, dass das unrichtige Verrechnungsverhältnis zwei Schilling in eine Mark abgeändert werden, in 1 zu 1.50. Das hat der Führer auch zugegeben.

Am 15. März anlässlich der Kundgebung, die hier bereits erwähnt ist, hat der Führer den Rundfunkansager den Auftrag gegeben, kündigen sie an, es spricht der Reichsstadthalter Seyss-Inquart. Das war die erste Mitteilung an mich, dass ich Reichsstadthalter geworden bin. Ich bin es dann gewesen bis Ende April 1939.

F: Wer war der eigentliche Leiter der Politik in Österreich geworden?

A: Es ist sofort Buerckel nach Österreich geschickt worden mit dem Auftrag die Partei zu reorganisieren und die Arbeiten für die Abstimmung zu machen. Das Eindringen Buerckels und seiner Mitarbeiter und verschiedene etwas welt= und Österreich brennende Planungen haben mich veranlasst am 8. April in Gegenwart Buerckels den Führer aufmerksam zu machen auf diese Art der Gleichschaltung und der Führer hat vor mir zu Buerckel gesagt: "Buerckel, das dürfen sie nicht tun, sonst würde sich die Anschlussfreudigkeit der Ostmärker in eine Reichsmüdigkeit verwandeln. Dennoch hat er ihn wenige Wochen später zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung gemacht. Er hatte dabei die gesamte Politik der Partei und der Propaganda einschliesslich der Kirchenpolitik und hatte mir gegenüber im staatlichen Bereich das Weisungsrecht.

H0371 - 0032

F: Sie wissen, dass Ihnen die Anklagebehörde nun Vorwürfe bezüglich der weiteren Politik in Österreich kurz nach dem Anschluss macht. Der erste Vorwurf ist der, dass Sie in der Judenfrage sich an dieser traurigen Behandlung der jüdischen Bevölkerung beteiligt hatten, bezw. dafür verantwortlich sind.

Was können Sie dazu sagen?

A: Ich kann das gar nicht leugnen; denn ich habe bestimmt in meinem Wirkungsbereich, als Chef der zivilen Verwaltung Verordnungen erlassen, die auf dieser Linie gelegen sind. Die Behandlung der Judenfrage an sich hat Buerckel für sich beansprucht, der ja auch in einem hier vorliegenden Dokument, die Judenfrage als eine Angliederungssache bezeichnet.

DR. STEINBAUER: Darf ich jetzt in diesem Zusammenhang wieder auf 2 Urkunden verweisen. Das eine ist die Urkunde Nr. 64, ein Erlass auf Seite 154. Es ist der Erlass des Führers über die gesetzliche Bestellung des Buerckel zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich. Ich verweise hier insbesondere auf den Artikel 4, der dem Buerckel ein ausführliches Befehlsrecht gegenüber den Zeugen einräumt.

Als zweite Urkunde verweise ich auf die Urkunde Nr. 67, Seite 163. Sie ist dem Gericht ja bereits vorliegend. Es ist P.S. 2237. Aus dieser umfangreichen Urkunde will ich nur festhalten, dass die ganze Durchführung der Judenfrage, insbesondere im November 1938, eine Sache war, mit der der Angeklagte nichts zu tun gehabt hat.

Wie sich der Angeklagte selbst verhalten hat, möchte ich weiter durch ein Affidavit nachweisen, das mir unaufgefordert aus Australien zugeschickt wurde. Es ist dies die Urkunde Nr. 70, Seite 175. Mir ist der Standpunkt des Gerichts wohl bekannt, dass der Umstand, dass der eine oder andere Angeklagte Briefe von Juden vorgelegt hat, kein grosser Beweis ist, nach dem Sprichwort: "Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer." Aber warum ich diese Urkunde vorlege, ist der Absatz 12 auf Seite 4, wo nämlich der Zeuge Dr. Walter Stricker, der aus einer sehr angesehenen jüdischen Familie von Linz stammt, folgendes sagt:

H0371 – 0033

"Nach meiner Ausreise aus Österreich hörte ich von Anträgen, wo Dr. Seyss ähnliche Hilfe an Juden gab und dass er im Mai 1938, wo die Judenverfolgungen besonders arg waren, bei Gauleiter Buerckel protestierte."

Also es ergibt sich zweifellos, dass diese radikale Politik von dem Angeklagten nicht mitgemacht wurde.

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Herr Zeuge, Sie wissen aus dem Trialbrief, dass man Ihnen den Vorwurf des Doppelspieles gemacht hat. Wie war nun das Verhalten der Partei Ihnen gegenüber nach dem Anschluss?

A: Ich weiss, dass dieser Vorwurf gegen mich erhoben wird und erhoben wurde. Er wurde auch in den radikalen Kreisen der Partei gegen mich erhoben und ich will offen gestehen, ich finde diesen Vorwurf nicht unerklärlich. Ich habe den Versuch gemacht, zwei Gruppen zusammenzubringen, die wie diese Geschichte gezeigt hat, eben gar nicht zusammen zu bringen waren. Es ist klar, dass die radikalen Zügel beider Gruppen in der Unvorstellbarkeit solcher Realisation zur Meinung kommen mussten, dass der, der das versuchte, es nicht ehrlich meinen kann; aber das wichtigere ist etwas anderes. Die Lösung, die die österreichische Frage bekommen hat, das war nicht meine Lösung, sondern genau die Lösung der Radikalen in der Partei und ich selbst habe vom 11. März, 8 Uhr abends, diese Lösung mitgemacht. Infolgedessen ist es naheliegend, dass Leute sagen, ich hätte sie vorher auch schon mitgemacht und mitvorbereitet, das ist aber falsch. Erst 8 Uhr abends nach Rücktritt Schuschniggs von dem vaterländischen System, habe ich mich auf diesen Boden gestellt, weil ein anderer realpolitisch gar nicht zu machen war. Es war keine andere politische Macht mehr in Österreich, als die nationalsozialistische oder der Bürgerkrieg.

Ich selber habe auch das Anschlussgesetz freudig angenommen und mein Entschluss war bestimmend, für alle meine Mitarbeiter. Ich habe am 13. März selbstverständlich den Augenblick begrüsst. Es hätte sich höchstens darum handeln können zu fragen, ob Bedenken gegen die Durchführung bestehen. Ich habe mir die Frage vorgelegt, aussenpolitische Bedenken brauchte ich nicht zu haben. Nach allen Mitteilungen

H0371 - 0034

dieser Fälle, konnten wir ruhig über die Arbeiten gehen. Innenpolitisch hat es einen derartigen Jubel in Österreich noch nie gegeben. Ich hatte das Bewusstsein, dass kein österreichischer Staatsmann oder verantwortlicher Mann die gesamte Bevölkerung so hinter sich hatte, wie ich. Aber es war auch gut und nützlich; denn in Wirklichkeit hätte doch das Reich regiert und dann ist es schon besser wenn er auch nach aussen die Verantwortung trägt.

F: Mir hat der Angeklagte Kaltenbrunner erzählt, dass er und Sie in diesem Zeitpunkt von Heydrich auf Schritt und Tritt überwacht wurden. Stimmt das?

A: Zu den Kreisen, die uns, ich sage uns, auch Kaltenbrunner, misstraute, gehörte besonders auch Heydrich. Heydrich hat Ende 1937 einen Geheimbericht gemacht, den ich später bekommen habe. Er sagte darin, dass die Lösung der österreichischen Frage, im Sinne der Partei, unausweichlich sei. Das einzige Hindernis könnte die Politik des Staatsrates Seyss-Inquart sein, denn dieser wäre imstande, so etwas, wie einen österreichischen Nationalsozialismus hervorzubringen. Nach dem Anschluss habe ich ein sogenanntes Begleitkommando bekommen, das gar keine andere Aufgabe hatte, als Heydrich ständig zu berichten, was ich machte. Ich habe dagegen ebenso wenig gehabt, wie gegen die Tatsache, dass ich, als österreichischer Sicherheitsminister, in meinen Telefongesprächen auch abgehört wurde.

F: Sagen Sie, nachdem Sie angeblich die Hauptrolle in dieser Sache gespielt haben, welchen Lohn haben Sie für Ihre Tätigkeit bekommen? Hat man Ihnen auch ein Rittergut, oder eine Gnadengabe von 100 000 Mark gegeben, oder haben Sie sonst etwas bekommen?

A: Nein, so etwas kommt ja auch gar nicht in Frage. Mein Lohn war die Tatsache, bei Grossdeutschland mitgewirkt zu haben.

F: Ich möchte doch konkret fragen. Haben Sie je etwas bekommen?

A: Nein. Bei meinem 50. Geburtstag ....

VORSITZENDER: Das Licht leuchtet sehr häufig auf.

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Sie haben einen Titel bekommen?

A: Meinen Sie den Gruppenführer der SS? Am 15. März wurde ich

zum Gruppenführer der SS und zwar, im Ehrenrang ernannt. Ich möchte allgemein sagen, ich habe mich darum nicht beworben und auch keinerlei Prüfungen und sonstige Sachen durchgemacht. Allgemein ist der Ehrenrang der SS keine Mitgliedschaft der Allgemeinen SS. Man hat weder eine Befehls= noch eine Disziplinargewalt. Das habe ich selbst erfahren, als ich mich bei Himmler über Buerckel beschwerte -- der Brief liegt ja vor -- und ein Verfahren verlangt habe. Da hat mir Himmler gesagt, er habe über Buerckel keine Disziplinargewalt. Er wäre nur ein Ehrenrang. Ich selbst habe ja für die Allgemeine SS ..

F: Ich glaube, das genügt.

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer. Ich habe verstanden, dass der Angeklagte gesagt hat, dass er einen zweiten Posten erhielt, um Berichte an Heydrich zu liefern. Worin bestand dieser zweite Posten? Hat er das gesagt?

A: Heydrich hat einen Geheimbericht abgegeben gegen mich.

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Heydrich hat ein Begleitkommando ...

VORSITZENDER: Sie haben gesagt, dass Heydrich, im Jahre 1937, einen Geheimbericht über Österreich abgegeben hatte und dann sagte er, dass die Lösung unvermeidbar wäre, mit Ausnahme der Politik Seyss-Inquart. War das nicht der wesentliche Inhalt? Und danach hab ich Sie so verstanden, dass der Angeklagte einen zweiten Posten erhalten hatte, um Heydrich Berichte zu übermitteln.

A: Nein. Heydrich hat vier oder fünf seiner Männer zu mir geschickt, dass sie mich begleiten, als eine Art Schutzwache. Diese Schutzwache hatte den Befehl, Heydrich zu berichten, was ich mache.

VORSITZENDER: Ich muss die Übersetzung falsch verstanden haben.

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Also zusammenfassend kann ich sagen, ausser der Ernennung zum SS-Gruppenführer haben Sie keinerlei Auszeichnung erfahren, mit Ausnahme der Zusage, dass Sie Reichsminister innerhalb Jahresfrist werden?

A: Diese Zusage ist Ende April 1938 gegeben worden. Ich komme zu einer Frage im Kreuzverhör des Herrn Reichsmarschall zurück. Vor dem

H0371 - 0035

13. März 1938 habe ich nicht die geringste Zusage vom Reich, über irgendetwas, erhalten und war im Reich auch niemanden gegenüber irgendwie verpflichtet oder befehlsgebunden.

F: Damit kann ich das Kapitel Österreich abschliessen und hier kurz die Frage Tschechoslowakei streifen.

Es wird Ihnen vorgeworfen, indem man ein Glückwunschschreiben an den Führer - Henlein zitiert hat, dass Sie sich aktiv an dem Anschluss der Tschechoslowakei beteiligt haben?

A: Was den September 1938 betrifft, so bin ich in gar keiner anderen Weise beteiligt, als, dass ich als Reichsstatthalter für Österreich die Flüchtlinge untergebracht und versorgt habe. Henlein und einige Führer habe ich persönlich gekannt, ohne mich in Ihre Politik einzumischen und ihre Beziehung zum Reich näher zu kennen.

F: Was ist bezüglich der Slowakei zu sagen?

A: Die Beziehungen zwischen Wien und Pressburg waren schon in der alten österreichischen Monarchie sehr gut. Ich selbst habe Verwandte in Pressburg gehabt. Wir kannten uns also, sowohl die Slowaken als auch die Deutschen. Wir kannten insbesondere die Beschwerden der Slowaken, dass die Zusage von Pittsburg nicht gehalten wurde, dass sie nicht die volle Autonomie der Slowaken erhalten hat. Pater Hlinka vertrat die volle Autonomie und wird in der Slowakei wie ein Heiliger verehrt. Hinter ihm stand mindestens dreiviertel der Bevölkerung und er verfolgte eine Unabhängigkeit vom Prager Parlament und die slowakische Staatssprache. Ich habe nach dem März 1938, genau, nach dem September 1938, einige slowakische Politiker kennengelernt, Sidor, Dr. Tiso, Dr. Churchansky und vielleicht einen oder den anderen. Der Führer selbst hat mich einmal aufgefordert, ihn über die slowakischen Verhältnisse zu orientieren und zu berichten und ich habe mit diesen Informationserhebungen zwei meiner Mitarbeiter beauftragt die sehr gute persönliche Beziehungen drüben hatten. Im März 1939 hatte ich mit Sidor und Dr. Tiso Besprechungen, als sich diese mit mir unterhalten wollten, über die mögliche Entwicklung Berlin-Prag und über die anfälligen Folgen für die Slowakei. So sagten mir wenigstens meine Mitarbeiter, die mich eingeladen haben. Bei diesen Be-

H0371 – 0036

H0371 - 0037

sprechungen war die Rede von der Möglichkeit eines Zusammenstosses Prag-Berlin und von der Sorge und der Unversehrtheit des slowakischen Gebietes, da ja die Gefahr bestand, dass die Ungarn, aber auch die Polen die Gelegenheit benützen, um slowakisches Gebiet zu besetzen. Die slowakischen Herren wollten eine Sicherheit, was Berlin beabsichtige und wie sie ihr eigenes Land unversehrt halten können. Ich habe mich mit den Herren sehr offen ausgesprochen, aber nicht in dem Sinne einer Aufforderung, sich unabhängig zu erklären, denn diese Entscheidung musste den slowakischen Herren überlassen bleiben, aber in der Erörterung der Frage, ob es Differenzen in der slowakischen und deutschen Frage gäbe und in der Feststellung, dass das nicht der Fall sei.

F: Ich möchte in diesem Zusammenhang auf zwei Urkunden verweisen, die eine ist die Nr. 71, Seite 181. Es ist dies der Hinweis auf den Pittsburger Vertrag; und die zweite Urkunde ist Nr. 72, Seite 183, die von der Anklagebehörde unter USA-112 vorgelegt wurde, als Beweis dass der Angeklagte mit den slowakischen Leuten in einer unerlaubten Verbindung gestanden sei.

Herr Zeuge, ich halte Ihnen diese Urkunde vor, Sie kennen sie ja Es ist ein Bericht des Viscount Halifax vom 21. März 1939. Wer war damals in Bratislava mit Ihnen, oder waren Sie überhaupt da dabei?

A: Es wurde damals Staatssekretär Keppler von Berlin hingeschickt mit dem Auftrag, an die slowakische Regierung gewisse Fragen zu richten, als sowohl Duerckel, wie ich es abgelehnt haben, einen solchen Auftrag zu übernehmen. Das war einer der wenigen Fälle, wo ich mit Duerckel einig war. Ich hatte als territorialer Verwaltungschef die Aufgabe, den Besuch in Pressburg vorzubereiten. Es wurde vereinbart dass Staatssekretär Keppler in meinem Wagen nach Pressburg fährt. Ich und Duerckel haben Keppler begleitet. Generale der deutschen Wehrmacht waren nicht beteiligt, überhaupt niemand von der Wehrmacht Die Niederschrift des Gespräches dürfte richtig sein.

F: Es heisst in der Urkunde "und fünf deutsche Generale?"

A: Das ist falsch.

F: Das ist falsch. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Gerichtes

darauf lenken, dass sowohl der slowakische Minister Sidorf, als auch der spätere Präsident Msgr. Tiso, beide übereinstimmend in dieser Urkunde erklären, nur mit Buerckel verhandelt zu haben. Der Name Seyss-Inquart ist überhaupt nicht vorgekommen.

Zusammenfassend kann ich Sie also fragen, dass eine Tätigkeit Ihrerseits, wie es die Anklage Ihnen vorwirft, bezüglich der Tschech slowakei oder Slowakei nicht erfolgt ist?

A: Ich glaube jedenfalls nicht, dass ich in Verfolgung der Reichsinteressen jene Grenzen überschritten habe, die in solchen Fällen nur als Interessenvertreter zugebilligt werden muss. Ich habe nicht mitgewirkt am 12. März, als Dr. Tiso von Buerckel ....
Ich habe in Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches die Grenzen nicht überschritten, die jemandem bei der Vertretung berechtigter Interessen eingeräumt werden müssen.

F: Danke, das genügt. Sie sind dann im Jahre 1939, am 1. Mai 1939 Minister ohne Geschäftsbereich geworden. Stimmt das?

A: Ja.

F: Haben Sie jemals an einer Kabinettsitzung teilgenommen, oder an einer Sitzung des Geheimen Verteidigungsrates?

A: Hat es keinen mehr gegeben.

F: Haben Sie irgendwie Einfluss gehabt auf die Entscheidung, dass Polen mit Krieg überfallen werden sollte?

A: In gar keiner Weise.

F: Haben Sie, als dann tatsächlich der Krieg mit Polen anfing, irgendwie sich Hitler gegenüber geäussert?

A: Ich habe in der zweiten Septemberwoche an Hitler einen Brief geschrieben. Ich hoffe, dass auch dieser Brief in meinen Wiener Akten ist. Ich habe einen Durchschlag vor etwa 1 1/2 Jahren gelesen und habe den Inhalt noch gut im Kopfe. Ich habe Hitler darauf aufmerksam gemacht, dass im deutschen Volk überhaupt keine Begeisterung ist, sondern im Gegenteil die ernsteste Sorge, dass es sich um einen Kampf um Leben und Tod handeln werde. Ich habe meiner Meinung Ausdruck gegeben, dass der Krieg keine militärische Lösung finden werde, sondern dass er politisch gelöst werden muss, und dass die Basis der politischen Lösung, das Bündnis mit den Sowjets ist, um

H0371 – 0038

H0371 - 0039

das womöglich zu einem Militärbündnis auszubauen. Hierbei musste man Rücksicht nehmen, dass die Sowjets auf ihre Interessen im Balkan nicht verzichten werde, ebenso wie die Russen und das zaristische Russland, und dass auch der Panslavismus eine Rolle spiele, infolgedessen bei der tschechoslowakischen und polnischen Frage mit Russland gerechnet werden müsse. Ich bezeichnete es als notwendig den Gürtel der neutralen Staaten unbedingt aufrecht zu erhalten. Dann werde der Krieg auf der schmalen Westfront von selbst aufhören, hingegen dürfe die italienische Politik nicht zu Lasten Deutschlands geführt werden, sondern man müsse zu einer Verständigung mit Griechenland und der Türkei kommen. England werde weder durch die Luft, noch durch U-Boote niedergerungen werden, man solle seine Mittelmeer-Position angreifen, um es zum Frieden zu zwingen.

F: Haben Sie Antwort auf diesen Brief vom Führer erhalten?

A: Ich habe keine direkte Antwort bekommen, aber er hat einmal in einem Gespräch eine Bemerkung gemacht, die, glaube ich, erkennen liess, dass er den Brief in die Hand bekommen hat. Er sagte mir, "ich will ja gar nicht das britische Weltreich vernichten," wobei er allerdings zu verstehen gegeben hat, dass er meinen Brief missverstanden hat.

DR. STEINBAUER: Herr Präsident, ich bin der Meinung, wenn das Hohe Gericht einverstanden ist, jetzt zu vertagen.

VORSITZENDER: Jawohl.

(Worauf hin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt).

H0371 - 0040

5-97

595 file

NACHMITTAGSSITZUNG

Die Verhandlung beginnt 14.oo Uhr, lo. Juni 1946.

F : Herr Zeuge, wir haben zuletzt Ihre Stellung zur Frage der Tschechoslowakei besprochen. Ihre Stellung als Reichsstatthalter in Wien, haben vorgetragen Ihr unleidliches Verhaeltnis zu Buerckel. Das hat veranlasst, dass Sie eine andere Taetigkeit ergriffen haben. Sie kamen nach Polen. Welches war Ihre Funktion in Polen ?

A : Ich bin zuerst zum Verwaltungschef Suedpolen ernannt worden. Das waere noch im Rahmen der Wehrmacht gewesen. Diese Verwaltung wurde aber gar nicht eingerichtet, sondern es wurde gleich das Generalgouvernement geschaffen und ich wurde zum Stellvertreter des Generalgouverneurs ernannt. Der Wirkungskreis ist im Gesetz festgelegt, aber haengt natuerlich davon ab, in welchem Fall der Generalgouverneur von meiner Stellvertretung Gebrauch macht. Das hat er selbst einmal in einer Besprechung festgelegt zum 19. Januar 1940.

F : Ich moechte hierzu auf das Dokument Nr. 73, Seite 185 verweisen. Es ist dies ein Auszug aus dem Tagebuch des Dr. Frank, wo er auf Seite 14 die Funktionen des Seyss-Inquart beschreibt und ferner auf Seite 3o erklaert, was er mir auch persoenlich wiederholt hat, dass fuer das, was dort geschah, von ihm die Verantwortung getragen wird.
Nun sind Sie Stellvertreter des Generalgouverneurs geworden und haben nun eine Taetigkeit ausgeuebt, die ja, wie wir gehoert haben, vor allem berichtend war. Es wird unter der Nummer 2278 PS ein Bericht vorgehalten, den Sie selbst verfasst haben und, wo man Ihnen gewisse Sachen vorwirft.

Ich bitte Sie, sich zu diesem Reisebericht zu aeussern.

A : Dieser Bericht ist von meinem Sekretaer verfasst worden. Ich habe ihn bestimmt gelesen.

F : Es ist USA - 7o6.

A : Mir wird unter anderem vorgeworfen, der Gouverneur von Lublin machte den Vorschlag die Juden aus Lublin in das Gebiet von Kirov zu bringen, um sie zu dezimieren. Die Anklage verweist

H0371 - 0041

besonders darauf, dass es sich um eine Einschaltung des Schreibers handelt. Das war auch kein offizieller Bericht in einer Sitzung.

Kirov selbst war das Siedlungsgebiet einer deutschen Volksgruppe und eine Verwendung der Juden in diesem Siedlungsgebiet konnte fuer mich nicht den Verdacht erwecken, als ob die Juden in diesem Gebiet vernichtet werden sollen, infolge der klimatischen Einwirkungen. Es war mir aber bekannt, dass der Governeur die sehr zahlreiche juedische Bevoelkerung von Lublin aus der Stadt herausbringen wollte. Eine spezifische Absicht mit dem Worte " Dezimieren " im Sinne der Vernichtung ist mir nicht erinnerlich. Der Gouverneur von Radom hat mir berichtet, dass vorgefundene Schwerverbrecher erschossen worden sind. Das ist richtig, das hat er mir gesagt. Ich hatte den Eindruck, dass dies im Wege der damals noch in Funktion stehenden Polizeistandgerichte geschehen ist. Es sind aber verschiedene Stellen im selben Bericht, wo ich immer darauf aufmerksam mache, dass deutsche Gerichte eingefuehrt werden muessen und dass keine Urteilsvollstreckungen ohne Gerichtsurteil vorgenommen werden duerfen. Ich glaube, dass ich das damals in Radom wahrscheinlich auch gesagt habe, nur, dass es im Bericht nicht erwaehnt ist.

Es wird mir vorgeworfen, ich haette gewisse notwendige Produkte, Salz, etc. monopolisieren wollen. Das war in dem wirtschaftlichen Kaos selbstverstaendlich, in dem wir Polen gefunden haben. Wir mussten zu einer Naturalwirtschaft kommen, der landwirtschaftlichen Bevoelkerung gewisse Produkte liefern, damit sie dafuer Lebensmittel liefert, zu Gunsten der polnischen staedtischen Bevoelkerung. Ich verweise darauf, dass ich auf die Wiedererrichtung der polnischen Selbsthilfe gedrungen habe, unter den alten Leuten aus der frueheren polnischen Zeit, auf die Zurverfuegungstellung von neun Millionen Zloty und Kraftwagen etc.; ueberdies, dass die Pflichtarbeit moeglichst bald durch normale Arbeit ersetzt werden muss.

H0371-0042

F : Herr Zeuge, in der polnischen Frage spielt die sogenannte AB-Aktion eine grosse Rolle. Das ist die Abkuerzung fuer : Ausserordentliche Befriedigungs-Aktion. Nachdem dieszeitlich noch eventuell in Ihre Zeit fallen koennte, moechte ich fragen, ob Sie davon etwas wissen ?

A : Diese Angelegenheit spielte sich in der allerletzten Zeit meines polnischen Aufenthaltes ab. Mit Beginn des Norwegenfeldzuges verstaerkt durch den Westfeldzug, ist die Widerstandsbewegung der Polen sehr aktiv geworden. Die Sicherheitspolizei verlangte schaerfstes Eingreifen. Der Einwand, den Buehler gemacht hat, wie er als Zeuge hier angegeben hat, ist wirklich gemacht worden. Ich habe die Worte des Generalgouverneurs aber immer so aufgefasst, wie sie Buehler aufgefasst wissen wollte; aber Buehler hat sehr recht gehabt aufmerksam zu machen, denn vielleicht haette die Polizei groessere Vollmachten aus den Worten entnommen, als der Generalgouverneur ihr geben wollte. Dr. Frank hat gegen die Urteile der Polizeistandgerichte immer Stellung genommen, hat eine eigene Pruefungskommission eingesetzt, der ich vorgesessen bin, solange ich in Polen war und wir haben manchmal bis zur Haelfte der ergangenen Urteile aufgehoben.

F : Wie lange waren Sie ueberhaupt tatsaechlich waehrend Ihrer Zeit Stellvertreter in Verhinderung des Frank ?

A : Ich glaube, lo Tage.

F : lo Tage. Ich glaube also Polen ganz kurz abschliessen zu koennen mit der Frage : Haben Sie auch irgendwelche Massnahmen getroffen, die man effektiv mit dem Interesse der polnischen Bevoelkerung bezeichnen kann ?

A : Im Winter 1939/4o war in den Polenstaedten Hungersnot. Ich habe bei Staatssekretaer Backe persoenlich interveniert und einmal zum Beispiel 6.ooo Tonnen Getreide fuer die Gross-Staedte erwirkt. Ich habe beim Herrn Reichsmarschall Goering und beim Fuehrer dafuer interveniert, dass die Stadt Lodz beim Generalgouvernement bleibt und ebenso das Kohlengebiet westlich von Krakau.

H0371 - 0043

F: Ich wende mich nun dem Hauptanklagepunkt zu. Das ist die Frage Ihrer Taetigkeit in den Niederlanden.
Meine erste Frage geht dahin : Wieso sind Sie ueberhaupt Reichskommissar der Niederlande geworden ?

A : Der Fuehrer hat mich ernannt.

F : Wo waren Sie damals ?

A : Ich befand mich auf einer Dienstreise im Generalgouvernement und wurde von Dr. Lammers aufgefordert in das Hauptquartier zu kommen.

F : Sie haben sich also nicht darum beworben ?

A : Ich habe gar nicht daran gedacht. Ich habe damals gerade den Fuehrer gebeten, zur Wehrmacht einruecken zu duerfen.

F : Ja, waren Sie nicht durch Ihre Kriegsverletzung gehindert, Wehrmachtsangehoeriger zu werden ?

A : Ich habe gehofft, dass ich doch noch irgend eine Verwendung finden koennte.

F : Welches waren nun die Instruktionen, die Sie vom Fuehrer fuer diese Stellung bekommen haben ?

A : Diese Instruktionen sind in dem von der Anklage vorgelegten Dokument 997 PS recht gut dargestellt.

F : Es ist RF-122.

A : Ich hatte die zivile Verwaltung zu fuehren und in deren Rahmen die Interessen des Reiches wahrzunehmen. Ich habe auch einen politischen Auftrag bekommen, naemlich bei Aufrechterhaltung der Unabhaengigkeit der Niederlande zu trachten, dass dieselben aus ihrer englandfreundlichen Einstellung eine deutschlandfreundliche Einstellung einnehmen, mit einer besonders engen wirtschaftlichen Verbindung.

Ich moechte auf den dritten Absatz des Dokumentes verweisen, in dem ich auf die Schwierigkeiten dieser beiden Auftraege und ihrer Uebereinstimmung hingewiesen habe. Ich verwies darauf, dass dieselben nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen seien. Die Besatzungsmacht verlange die Unterbindung aller moeglichen oeffentlichen Betaetigungen, die Weckung einer politischen Wil-

lensbildung, aber die Gewaehrung solcher Freiheiten, dass das schliessliche Ergebnis fuer die Niederlaender zu einer eigenen Entscheidung wird. Ich hatte also nicht die Absicht den Niederlaendern einen bestimmten politischen Willen zu oktroyieren.

F : Ist diese Aufgabe des Fuehrers spaeter irgendwie abgeaendert worden ?

A: Dieser Auftrag ist niemals abgeaendert worden.

F : Wie haben Sie diesen Auftrag nun in politischer Beziehung durchgefuehrt. Haben Sie die bestehenden Parteien in den Niederlanden zur Mitarbeit herangezogen ?

A : Mit Ausnahme der marxistischen Partei habe ich alle Parteien bestehen lassen und ihnen eine Betaetigungsmoeglichkeit gegeben, soweit dies im Interesse der Besatzungsmacht moeglich war. Die nationalsozialistischen Parteien habe ich besonders gefoerdert.

F : Die Anklage haelt Ihnen vor, dass Sie in Ihren Reden manches anders dargestellt haben, als Sie ausgefuehrt haben. Ich verweise da auf PS-3430, USA 708.
So wird behauptet, dass Sie versucht haben, den Hollaendern den Nationalsozialismus aufzuzwingen.
Es ist Dokument Nr. 76, Seite 197 meines Dokumentenbuches.

A : Es ist bestimmt richtig, dass das was ich mir vorgenommen habe, und in meinen Reden als Vorsatz auch proklamiert habe, in der Praxis nicht durchgefuehrt wurde und durchfuehrbar war. Es mag aber auch sein, dass es den Niederlaendern den Eindruck machte, als ob ich ihnen den Nationalsozialismus oktroyieren wollte, weil ich nur die nationalsozialistischen Parteien zugelassen hatte, und die uebrigen Parteien verbieten musste.
Ich habe aber niemals mit staatlichen Zwangsmitteln von irgend einem Niederlaender verlangt, dass er Nationalsozialist werde, oder die Zugehoerigkeit zur nationalsozialistischen Partei zur Voraussetzung gemacht, die allgemeinen Rechte auszuueben, die irgend einem Niederlaender zugekommen sind.
Ich hatte dies in meiner Rede uebrigens ausdruecklich erwaehnt.

H0371 – 0045

Ich habe gesagt : " Ich werde immer als Nationalsozialist handeln; das bedeutet aber nicht, dass ich auch nur einem Menschen den Nationalsozialismus aufzwingen will. Der Nationalsozialismus ist eine Sache der inneren Ueberzeugung. Es gibt 2 Gruppen von Organisationen; die politischen, wo ich Wert darauf lege, dass jedes Mitglied Nationalsozialist ist; das sind durchaus freiwillige Organisationen. Und die berufsstaendischen Organisationen, da ist es gleichgueltig, welche Gesinnung der einzelne Mann hat, wenn er nur eben seine Aufgaben aus seinem Beruf heraus erfuellt."

F : Warum uhd wann haben Sie nun die politischen Parteien in den Niederlanden aufgeloest ?

A : Das erfolgte in der zweiten Haelfte 1941. Mit Ausbruch des Ostfeldzuges nahmen alle politischen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten eine aktive feindliche Stellung gegen die Besatzungsmacht ein. Eine Duldung war im Interesse der Besatzungsmacht nicht mehr moeglich.
Ich glaube, es ist immerhin beachtlich, dass ich diese Parteien 1 1/2 Jahre lang in Betaetigung liess, die ja fuer den Nationalsozialismus um nichts weniger feindlich sind, als der Nationalsozialismus heute fuer die demokratischen Parteien.

F : Sagen Sie, ist es richtig oder nicht, dass Sie dagegen einseitig die Partei NSB bevorzugt haben ?

A : Das ist bestimmt richtig, soweit es sich um das politisch-propagandistische Gebiet handelt. Es ist unrichtig, soweit es sich um den staatlichen Bereich gehandelt hat.
Mir ist die Errichtung des sogenannten volkspolitischen Sekretariats vorgeworfen worden. Es war ein nationalsozialistischer Beratungskoerper fuer meine Verwaltung, der auf die niederlaendische Verwaltung keinen Einfluss nehmen durfte. Solche Versuche habe ich strikte unterbunden.

F : Haben Sie nun trotzdem nicht einzelne Mitglieder der NSB in staatliche Stellungen gebracht ?

A : Es ist richtig und fuer mich selbstverstaendlich, denn ich musste mir Mitarbeiter heraussuchen, auf die ich mich ver-

H0371 - 0046

lassen konnte. Aber dieselben standen nicht unter einem Parteibefehl, ja im Gegensatz, es hat sich meistens eine gewisse Differenz zwischen diesen und der Parteifuehrung herausgebildet. Ich habe entgegen dringenden Vorstellungen auch nicht eine niederlaendische - nationalsozialistische Regierung eingesetzt, wie das in Norwegen der Fall war, Hauptsaechlich deshalb, weil einige niederlaendische Herren, wie der Generalsekretaer Van Damm, der Praesident des Obersten Gerichtshofes Von Lohen, der Praesident des Kulturrates Professor Snider (?), mir in eindringlichen Worten das Unrichtige einer solchen Massnahme vor Augen gehalten haben.

F : Herr Zeuge, Praesident Vorrinck der hier vernommen wurde, hat von einer Ausbeutungspolitik gesprochen, die Sie betrieben haetten. Ist dies richtig ?

A : Eine Ausbeutung der nationalsozialistischen Parteien zu Gunsten der deutschen Politik ist tatsaechlich eingetreten, von mir beobachtet worden und von mir auch oeffentlich festgestellt worden. Ich habe das bedauert, aber nicht verhindern koennen. Die deutsche Besatzungsmacht hat eine Reihe von Massnahmen einfuehren muessen, die fuer die Niederlaender drueckend waren, und daher unsere niederlaendischen Freunde diskreditiert haben.

F : Was sagen Sie zu dem Vorwurf, den man Ihnen macht, alle Kultur-Institutionen gleichgeschaltet zu haben ?

A: Dieser Vorwurf ist formal zum Teil sicher richtig. Mit dem Verbot der politischen Parteien sind auch die meisten Organisationen der freien Berufe unmoeglich geworden, weil in den Niederlanden bis zum Schachverein herunter alles politisch geteilt war. Im Interesse der Besatzungsmacht musste ich neue Aufsichtsorgane schaffen. Vielleicht ist es ein Mangel der Phantasie gewesen, dass diese Neuschaffungen den Vorbildern im Reich sehr aehnlich waren. Ich habe diese Organisationen aber nur zur Aufsicht verwendet. Ich habe niemals eine politische Mitarbeit verlangt. Ich habe nicht nur nicht die Berufsausuebung davon abhaengig gemacht, sondern nicht einmal die Mitgliedsbeitraege zwangsweise einheben lassen. Ich gebe zu, dass wir e Fehler gemacht haben, aus e Irrtuemern.

H0371 - 0047

Wir waren in dem Irrtum befangen, dass unsere Ordnung der Besatzung macht die richtige, oder zu mindest bessere ist, und z.), dass sich in einem besetzten Gebiete ein eigenstaendiger politischer Wille entwickeln kann. Daran sind wir in dieser Politik gescheitert

F : Welche Institutionen haben Sie daher eingerichtet ?

A : Ich habe eine Kulturkammer gemacht, eine Aerztekammer, Apothekerkammer, einen Landstand, auch eine Arbeitsfront; aber das war eine freiwillige Organisation. Die Mitglieder konnten ohne jeden Nachteil austreten, wenn sie wollten.

F : Ein weiterer Vorwurf, der Ihnen gemacht wird, ist der Vorwurf der Germanisierung. Was sagen Sie dazu ?

A : Da muss ich zuerst etwas deutlich machen. Im englischen wird man hier " Germany " sagen, und im russischen " Germanski". Beides heisst " deutsch ". Wenn wir von Germanisierung gesprochen haben, haben wir nicht an " Verdeutschung " gedacht, sondern an eine politische und kulturelle Zusammenfassung der sogenannten " Germanischen "Voelker, unter gegenseitiger Gleichberechtigung. Dass wir aber so eingegriffen haben, habe ich auch in einer Rede erklaert. Es ist das Dokument lo3.

" Warum greifen denn die Deutschen in den Niederlanden in alles ein " ?

Ich habe dann ausgefuehrt, dass in diesem totalisierten Krieg es Spannungsaugenblicke gibt * - - -

VORSITZENDER : Welche Seite ist das ?

DR. STEINBAUER : Es ist USA 7o8, das nicht uebersetzt ist. Aber vorgelegt ist das ganze Buch.

VORSITZENDER : Hat es eine PS-Nummer ?

DR. STEINBAUER: Es ist PS-Nummer 343o, vorgelegt unter USA-Exhibit 7o8. Es ist ein Buch, das heisst : " Vier Jahre Niederlande ", wo die Reden des Zeugen gesammelt sind und von denen einzelne in der Anklageschrift vorgelegt wurden und auf die jetzt der Zeuge erwidert.

VORSITZENDER : Danke schoen.

ZEUGE : Es gibt Spannungsaugenblicke, in denen es ueberhaupt keine Abgrenzung mehr gibt zwischen dem, was Kriegsrecht und

H0371 – 0048

militaerisch, und dem, Was privat und zivil ist.
Es war mir vollkommen klar, dass jede oeffentliche Betaetigungsmoeglichkeit fuer oder gegen die Besatzungsmacht ausgewertet werden kann und dass ich es daher unter Kontrolle nehmen muss.

F : Hat es auch Versuche gegeben der NSDAP aus dem Reich, Ihre Verwaltung im Sinne der Partei zu beeinflussen?

A : Die Auslandsorganisation in den Niederlanden wurde zu einem Arbeitsbereich umgeaendert und dieses Arbeitsbereich hat die Politik der nationalsozialistischen niederlaendischen Partei in jeder Beziehung unterstuetzt. Einen besonderen Einfluss hat sie also nicht gehabt, und das ist das Wesentliche.

F : Wir gehen jetzt zur Verwaltung selbst ueber. Welche Kompetenzen gab es da in den Niederlanden ?

A : Im zivilen Bereich war der Reichskommissar gleichgeordnet der Wehrmacht mit dem Wehrmachtsbefehlshaber, und einen selbsteendigen Bereich hatte die Polizei gehabt. Der Wehrmachtsbefehlshaber hat ein eigenes Eingriffsrecht gehabt, und vom Juli 1944 an ist ein Teil der vollziehenden Gewalt auf ihn uebergegangen.
Die Polizei ist mir nun zur Verfuegung gestanden unter dem Hoeheren SS- und Polizeifuehrer. Dieser ist vom Fuehrer ueber Vorschlag Himmler ernannt worden. Ich bin vorher nicht gefragt worden. Die Polizei hat sich ein eigenes Pruefungsrecht vorbehalten, das heisst, wenn ich ihr einen Auftrag gegeben habe, hat sie geprueft, ob der Auftrag mit ihren Weisungen, die Himmler direkt an den Hoeheren SS- und Polizeifuehrer gegeben hat, uebereinstimmt.

Dann war auch noch die Funktion des Vierjahresplanes in der weiteren Ausfuehrung des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz, und des Ruestungsministers.

H0371 – 0049

F: Ja, dann kommt als Reichsorganisation wohl auch noch der Einsatzstab Rosenberg in Frage, und Speer, damit wir das Bild abrunden?

A: Das war der Ruestungsminister Speer, und es gab noch einige kleine Sonderauftraege.

F: Waren Sie also eine Art Durchfuehrungsorgane uebergeordneter Reichsstellen?

A: Nein. Ich bin kein normaler Beamter gewesen, sondern der Verantwortungstraeger des Reiches im zivilen Bereich. Vielleicht, dass in den ersten Monaten die Berliner Dienststellen noch ueber mich hinweggearbeitet haben. Ich habe dann die Verwaltung so bei mir konzentriert, dass im zivilen Bereich nichts geschehen ist, wozu ich nicht meine Zustimmung gegeben hatte. Der Fuehrer hat das ausdruecklich einmal anerkannt, und ich bemerke, dass ein Rueckschluss auf andere besetzte Gebiete nicht gezogen werden darf. Ich bin ueberzeugt, dass in den Ostgebieten und dem Generalgouvernement diese Zusammenfassung nicht so wa

F: Welche Moeglichkeiten hatten dann Sie, die Verwaltung einzurichten?

A: Die Initiative und das Ausmass der Ansprueche des Reiches ging natuerlich von den zustaendigen Reichs-Zentralstellen aus. Ich habe diese Forderungen mit meinen Mitarbeitern geprueft, auch unter Heranziehung der niederlaendischen Dienststellen. Wir haben einen Gegenvorschlag gemacht, der uns fuer die Niederlaender zumutbar schien. Wenn das Reich dennoch mehr verlangt hat, so waren wir bemueht, die Grenze des Zumutbaren nicht zu uebersteigen. Bis zum Jahre 1943 wurden alle Anforderungen durch die niederlaendischen Behoerden selbst vollzogen ich habe meinen Dienststellen kein Anforderungsrecht gegeben, sondern erst nach dieser Zeit, da dann die Anforderungen so gross wurden, dass ich das den niederlaendischen Behoerden nicht mehr zumuten wollte.

F: Ich komme nun weiters wiederum zur Polizei zurueck, wie Sie schon erwaehnt haben, die doch Himmler unterstellt war. Sie hatten noch eine Moeglichkei

A: Ja, ich hatte zwei Moeglichkeiten. Die Koenigin der Niederlande und die Regierung ist nach England gegangen. Ich haette eine neue Niederlaendische Regierung ernennen koennen, so wie in Norwegen, oder ich musste die Verwaltung des Landes selber fuehren. Ich habe mich zu dem letzteren entschlossen.

F: Wie haben Sie die vorhandene Niederlaendische Polizei organisiert?

A: Waehrend die Deutsche Polizei von mir selbstaendig war, unterstand mir die Niederlaendische Polizei. Es war aber selbstverstaendlich, dass ich die

H0371 - 0050

Aufsicht ueber die Niederlaendische Polizei auch dem Hoeheren SS- und Polizeifuehrer uebertragen habe, und zwar als meinem Generalkommissar fuer das Sicherheitswesen. Die Niederlaendische Polizei war in 3 oder 4 Kompetenzen aufgeteilt, ich glaube, es kann im Interesse der Besatzungsmacht verantwortet werden, dass wir sie organisatorisch zusammengefasst haben.

F: Was war dann die "Landwacht"?

A: Die Landwacht war eine Selbstschutz-Formation der Niederlaendischen Nationalsozialisten. Es sind im Jahre 1943 schwere Terrorfaelle gegen Nationalsozialisten vorgekommen, sehr grausame Toetungen. Es war die Gefahr des Gegenterrors, wie wir ihn von Daenemark gehoert haben. Es sind auch einige Faelle vorgekommen. Ich habe daraufhin die "Landwacht" organisieren lassen, die den Auftrag hatte, als eine unter Disziplin stehende Hilfspolizei den Strassenverkehr in der Nacht zu kontrollieren, Eisenbahnen zu bewachen usw. Die Folge war, dass tatsaechlich diese Terror-Akte fast zur Gaenze aufgehoert haben und dass weitere Schwierigkeiten bis Mitte 1944 nicht entstanden sind.

F: Herr Zeuge, wir kommen jetzt zu einem ausserordentlichen wichtigen Kapitel.

A: Darf ich auf das Dokument No. 101 verweisen? Dieses Dokument ist mir von der Anklage vorgeworfen worden.

VORSITZENDER: Ist 101 die richtige Bezeichnung?

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, die Reden, die der Angeklagte zitiert, habe ich zur Vervielfaeltigung gegeben, weil sie eigentlich dem Gericht schon vorliegen, aber die Uebersetzung ist nicht nachgekommen, weil man die ganzen Affidavits auch mit uebersetzen wollte. Die Uebersetzung liegt also nicht vor, ich hoffe aber, dass Sie sie bis morgen Frueh schon haben.

VORSITZENDER: Hat es nicht eine PS-Nummer, oder ein anderes Merkmal?

DR. STEINBAUER: Es ist fast dasselbe Buch, USA-708. Die Anklage hat nur einzelne Saetze immer herausgenommen.

VORSITZENDER: Ich sehe.

ZEUGE: Die Anklage hat Seite 167 zitiert. Ich habe am 1. August 1943 eine Rede gehalten, in der ich besondere Massnahmen ankuendigte, die Schwierigkeiten und Beschraenkungen fuer die Niederlaender bringen wuerden; und die Anklage glaubt dass die spaeteren Erschiessungen damit zusammenhaengen. Das ist ein Irrtum. Die Beschraenkung, von der ich da gesprochen habe, war lediglich das Verbot, dass

H0371 – 0051

sich Niederlaender ausserhalb ihrer Provinz aufhalten duerfen, damit nicht Terrorbanden aus dem Nordwesten nach dem Osten kommen. Da das gerade zur Feiertagszeit war, war das fuer die Niederlaender eine Beschraenkung.

F: Ich gehe jetzt zur naechsten Frage ueber. Haben Sie die bestehende Gerichts-Organisation abgeaendert und sogar missbraucht?

A: Ich habe die niederlaendische Gerichts-Organisation voll uebernommen. Die niederlaendische Rechtssprechung hatte einen anerkennenswerten hohen Stand. Ich habe nur in 2 Faellen Ergaenzungen vorgenommen. Die niederlaendischen Richter zeigten kein Verstaendnis fuer die wirtschaftliche Situation. Zum Beispiel wurde einmal eine Schwarzschlaechterbande, die viele Stuecke Rindvieh geschlachtet und in Schleichhandel gebracht hat, mit 200 Gulden Geldstrafe belegt. Ich habe da eigene Wirtschaftsrichter eingefuehrt, Niederlaender, die mehr Verstaendnis fuer diese wirtschaftlichen Notwendigkeiten hatten. Der Rechtszug blieb aber wie er war. Wir haben aber natuerlich unsere Deutschen Gerichte eingefuehrt, wie das jede Besatzungsmacht macht.

F: Also, wir haben die Niederlaendischen Gerichte gehabt, Deutsche Gerichte fuer Deutsche, die sich in den Niederlanden aufhielten, und die Polizei-Gerichte.

A; Ja, aber auch fuer die Niederlaender, die die Interessen der deutschen Besatzungsmacht verletzt hatten, die Deutschen Besatzungs-Gerichte.

F: Nun wird im Verfahren behauptet, dass durch diese Gerichte 4'000 Hinrichtungen erfolgt seien, die zu verantworten sind.

A: Das ist vollkommen unrichtig. Wenn ich alles zusammenrechne, was durch die deutschen Gerichte, Polizeigerichte und Militaergerichte, an Todesurteilen ausgesprochen und vollstreckt wurde, und wenn ich dazu noch die Faelle nehme, wo durch einen Zusammenstoss mit der Exekutive Niederlaender ums Leben gekommen sind, so ergibt dies nach einer Aufstellung des Hoeheren SS- und Polizeifuehrers bis Mitte 1944 noch nicht 800 Faelle in 4 Jahren, also weniger, als ein Bombenangriff auf die Stadt Nijmegen gekostet hat. Die Erschiessungen kamen nachher.

F: Sie haben auch das Begnadigungsrecht ausgeuebt und eine eigene Gnaden-Abteilung gehabt?

A: Ja.

F: Ich moechte in diesem Zusammenhang als Urkunde aus dem Dokumentenbuch

H0371 - 0052

die Urkunde Nr. 75, Seite 190, vorlegen. Es ist dies eine eidesstattliche Erklaerung des Kammergerichtsrates Rudolf Fritsch, der der Gnaden-Referent des Reichskommissars war. Ich moechte aus dieser Urkunde 2 Absaetze vorlesen von Seite 3, 2. Absatz:

"Bei der Ausuebung des Gnadenrechtes ging der Reichskommissar davon aus, dass dies eines der vornehmsten Rechte eines Staatsoberhauptes sei und im besonderen Masse dazu geeignet war, gute vertrauliche Beziehungen zwischen den Deutschen und den Niederlaendern zu schaffen. Im Anfang hat er deshalb in allen Faellen auf Grund ihm vorgelegter Sachberichte mit eigenem Gnadenvorschlag der Gnaden-Abteilung selbst entschieden. Nach etwa 2-3 Monaten delegierte er intern die Ausuebung des Gnadenrechtes auf den Leiter der Gnaden-Abteilung, mit folgenden Ausnahmen:

1) Niederschlagung von Verfahren,
2) Entscheidung bei Todesurteilen,
3) Entscheidung grundsaetzlicher Fragen,
4) Entscheidung von Einzelfaellen.

Es ist kein Todesurteil vollstreckt worden, bei dem nicht auch ohne das Vorliegen eines Gnadengesuches die Gnadenfrage von Amts wegen geprueft worden waere."

Dann von Seite 5, letzter Absatz: "Da die Zusammenarbeit mit den niederlaendischen Justizbehoerden ergeben hatte, dass man ihnen Vertrauen entgegenbringen konnte, hat der Reichskommissar nach und nach das Gnadenrecht im wesentlichen auf den Niederlaendischen Justiz-Minister delegiert. Aus dem grossen Posteingang ersah ich wiederholt, dass von der Gestapo die Polizei-Aktionen veranstaltet worden waren, durch die die ordentliche Gerichtsbarkeit ausgeschaltet wurde. Ich habe in solchen Faellen Material gesammelt und dieses zu Vorstoessen benutzt, um die davon Betroffenen den ordentlichen Gerichten zur Aburteilung zu ueberstellen. Mit solchen Vorstoessen habe ich auch Erfolg gehabt. Dies war fuer mich der Beweis, dass der Reichskommissar ein Gegner wilder polizeilicher Methoden der Gestapo war, und ein Anhaenger des ordentlichen Justizwesens."

Ich glaube, wir koennen das Kapitel Justiz abschliessen, und zu den Finanzfragen uebergehen.

A: Ja, es ist noch sehr wichtig der Befehl des Fuehrers, Gerichte auszuschliessen.

H0371 - 0053

10. Juni-A-EF-5. Memmle r.

F: Bitte, wenn Sie noch etwas sagen wollen.

A: Ja, es ist sehr entscheidend. Nach dem Amsterdamer-Streik habe ich eine Standgerichtsbarkeit vorgesehen. Das ist keine Erfindung neuerer Zeit, das ist das summarische Gerichtsverfahren in Ausnahmezustaenden, wie es sich in der Gerichtsordnung jeden Landes findet. Die Standgerichte hatten auch besondere Klauseln, erstens war ein ordentlicher Richter im Standgericht, zweitens war ein Verteidiger zugelassen, und zwar auch Niederlaender, und drittens musste ein Beweisverfahren durchgefuehrt werden; und wenn die Schuldfrage nicht schluessig war, musste der Fall den ordentlichen Gerichten ueberwiesen werden. Dieses Standgerichtsverfahren ist nur 14 Tage in Kraft gewesen, anlaesslich des Generalstreiks im Mai 1943. Die zahlreichen Erschiessungen nachher gehen nicht auf diese Standgerichte zurueck. Sie waren vorgesehen auch fuer den Fall des Ausnahmezustandes, wenn die Niederlande wieder Kriegsgebiet werden. Inzwischen ist aber ein Fuehrer-Befehl gekommen, der bereits bekanntgegeben ist durch einen Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht, und zwar ist das PS-1155, pardon, das war falsch, PS-835. Der Fuehrer hat am 30. Juli 1944 verfuegt, dass alle nichtdeutschen Zivilpersonen der besetzten Gebiete, die sich einer Terror- oder Sabotage-Aktion schuldig gemacht haben, der Sicherheitspolizei zu uebergeben sind. Gegen diesen Befehl hatte der Hoehere SS-Fuehrer und ich Einspruch erhoben, weil wir dessen schaedliche Auswirkung speziell in den Niederlanden klar erkannt haben Durch einen solchen Befehl wuerden die Niederlaender nur in die illegalen Organisationen hineingedraengt. Der Hoehere SS- und Polizeifuehrer hat nur 4 bis 6 Wochen den Befehl nicht ausgefuehrt. Er hat dann eine scharfe Ruege von Himmler bekommen, und von da ab musste er die, wegen Sabotage verhafteten Niederlaender oder illegaler Betaetigung, selbst in eigenem Wirkungskreis beurteilen und allenfalls erschiessen. Darauf sind die groesseren Erschiessungen zurueckzufuehren; ich glaube aber nicht, dass es 4 000 waren. Sooft ich konnte, habe ich der Sicherheitspolizei nahegelegt, bei Durchfuehrung dieses Befehls sehr genau zu sein. Ich habe auch keine Verstaendigung ueber die einzelnen Faelle bekommen. Ich stand unter dem Eindruck, es waeren etwa 6 bis 700 gewesen.

F: Wenn ich Sie also richtig verstanden habe, war das eine Polizeiangelegenheit, die direkt - -

A: Das ist richtig. Das war jedenfalls gar nicht mehr in meiner Kompetenz und meinem Einfluss. Allerdings, wenn ich damals die Sicherheitspolizei beauf-

H0371 – 0054

tragt habe, in irgend einem Ort einer illegalen Bewegung nachzusehen, dann musste ich mir sagen, dass der eine oder andere Niederlaender, der fuehrend in der Bewegung festgestellt wurde, durch die Polizei erschossen werden wird, ohne dass die Gerichte es ueberpruefen koennen. Aber ich konnte ja nicht darauf verzichten, die Sicherheit der Besatzungsbehoerde zu wahren, weil der Fuehrerbefehl gegeben war.

F: Ich gehe jetzt zu dem Kapitel Finanzfragen ueber. Es ist eine Urkunde vorgelegt worden, wo ein Herr Tripp seinen Ruecktritt anmeldet. Wer war dieser Herr?

A: Herr Tripp war Praesident der niederlaendischen Bank, also der Notenbank und Generalsekretaer fuer Finanzen. Ich glaube, wenn man die ersten Notenbankfachleute der Welt nennt, wird man Herrn Tripp nennen muessen. Er ist eine ausgesprochene Persoenlichkeit und gehoert zu den Herren, die heute als niederlaendische Patrioten bezeichnet werden.

F: Dann war er auch Generalsekretaer fuer Finanzen?

A: Er war bis Maerz 1941 Generalsekretaer fuer Finanzen. Ich habe in meiner ersten Ansprache an die Generalsekretaere erklaert, ich verlange von keinem Generalsekretaer, dass er etwas tut, was gegen sein Gewissen ist; wenn er glaub etwas nicht machen zu koennen, so koenne er seinen Abschied ohne jeden Nachteil nehmen. Ich verlange nur, dass er meine Befehle lojal durchfuehrt, solange er im Amt ist. Herr Tripp ist bis Maerz 1941 im Amt geblieben. Er ist dann zurueckgetreten, weil er etwas nicht mehr durchfuehren wollte. Er hat nicht den geringsten Nachteil erfahren.

F: Wer war sein Nachfolger?

A: Ich moechte sagen, was Herr Tripp bis zum Maerz 1941 durchgefuehrt hat, ist nach meiner Anschauung in jeder Beziehung zu rechtfertigen, denn sonst haett er es bestimmt nicht getan. Sein Nachfolger war Herr Horst von Tonningen. Herr Horst von Tonningen war Voelkerbundskommissar in Oesterreich, mit einem aehnlichen Aufgabenbereich, wie er ihn dann von mir in den Niederlanden bekommen hat.

F: Wie verhaelt es sich nun mit den Besatzungskosten?

A: Fuer die zivile Verwaltung habe ich mit Herrn Tripp vereinbart, dass ich monatlich 3 Millionen Gulden bekomme; hinzu kamen dann noch etwa 20 Millionen Suehnegelder. In den ersten 3 Jahren habe ich 60 Millionen Gulden erspart, die als eigene Stiftung in den Niederlanden geblieben sind. Bezueglich der militaer-

H0371 – 0055

ischen Besatzungskosten hatte ich kein Pruefungsrecht. Sie wurden von der Wehrmacht beim Finanzminister angefordert, und ich bekam den Auftrag sie zur Verfuegung zu stellen. Im Laufe des Jahres 1941 hat das Reich auch unmittelbare Besatzungskosten verlangt. Es ist auf dem Standpunkt gestanden, dass nicht nur die Kosten, die unmittelbar in den Niederlanden erwachsen bezahlt werden muessen, sondern auch die Vorbereitungskosten im Reich. Es verlangte 50 Millionen Mark im Monat, zum Teil in Gold. Diese Zahlung hat spaeter den Titel einer freiwilligen Osthilfe bekommen - -

VORSITZENDER: Meinen Sie Mark, oder Gulden?

ZEUGE: Mark, 50 Millionen Mark. Diese Zahlung hat spaeter den Titel einer freiwilligen Osthilfe bekommen aus politischen Gruenden; aber das war natuerlich nicht der Fall. Das Reich verlangte spaeter die Erhoehung auf 100 Millionen. Das habe ich aber abgelehnt.

F: Herr Tripp ist zurueckgetreten als Generalsekretaer der Finanzen, weil die damals noch bestehende Devisensperre zwischen Deutschland und den Niederlanden aufgehoben wurde?

A: Das ist richtig. Ich habe aus meiner Verwaltung den Antrag bekommen, zur Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs zwischen den Niederlanden und dem Reich, die Devisengrenze insofern aufzuheben, als man nun ohne Einschaltung der Notenbanken Gulden in Mark, und umgekehrt, austauschen konnte. Die grundsaetzliche Austauschmoeglichkeit ist schon unter Herrn Tripp festgelegt gewesen, aber sie unterstand der Kontrolle der Notenbank, also auch der niederlaendischen Bank. Herr Tripp hat Widerspruch erhoben; ich habe die Sache nach Berlin weitergegeben, Berlin hat entschieden, dass es durchgefuehrt wird. Herr Tripp ist zurueckgetreten. Ich habe Herrn Horst von Tonningen zum Praesidenten der niederlaendischen Bank gemacht, und habe die Verordnung herausgegeben. Ich bemerke, dass der Praesident der Reichsbank, Herr Funk, gegen diese Regelung war. Zur Erklaerung kann ich anfuehren, dass damals die Auswirkungen nicht so katastrophal anzunehmen waren, wie sie spaeter geworden sind. Die Niederlande waren damals vollkommen abgeschnitten; das Reich auf dem Hoehepunkt seiner Macht. Es war zu erwarten, dass die Mark die fuehrende Waehrung in Europa wird. Man haette damit dem Gulden einen gleichen Rang verschafft. Im Februar 1941 zum Beispiel war die Einfuhr aus dem Reich in die Niederlande groesser, als die Ausfuhr aus den Niederlanden in das Reich.

H0371 - 0056

Der Reichsminister Funk hat immer den Standpunkt vertreten, dass dies echte Schulden sind, sodass etwa 4 1/2 Milliarden Nebenschulden bei einem anderen Ausgang des Krieges an die Niederlande haetten zurueckgezahlt werden muessen.

F: Wenn ich Sie also richtig verstanden habe, war es nicht der Generalsekretae: fuer Finanzen, sondern Dr. Fischboeck, der diese Angelegenheit im Gegensatz zu Tripp angeordnet hat?

A: Ich weiss nicht, ob die Anregung nur von Fischboeck gekommen ist, ich nehme an, dass er das auch mit anderen Herren besprochen hat, er hat sie mir vorgetragen

F: Es wird Ihnen weiter vorgeworfen, dass Sie voelkerrechtswidrig Kollektivstrafen durch Geldbussen eingeholt haben?

A: Kollektivstrafen sind ja nach dem Voelkerrecht nur verboten fuer Einzelvergehen. Die grosse Kollektivstrafe von 18 Millionen Gulden wurde im Zusammenhang mit dem Generalstreik in Amsterdam, Arnheim und Hilversum verhaengt, an dem sich die gesamte Bevoelkerung beteiligt hat. Spaeter habe ich verhaengte Kollektivstrafen zurueckzahlen lassen, wenn Einzeltaeter als verantwortlich festgestellt wurden.

F: Koennen Sie uns irgend ein praktisches Beispiel dazu sagen?

A: Ich glaube, dass der Zeuge Schwebel das sagen kann. Es waren Staedte in Sued-Holland, wo das geschehen ist.

F: Die Anklage wirft Ihnen weiter vor, dass Sie fuer die Vorgaenge im Geissel-Lager Michelgestell verantwortlich sind. Was sagen Sie dazu?

H0371 - 0057

A: Die Vorgaenge im Geisellager Michelgestell kann ich voll und ganz verantworten. Das war kein Geisellager im technischen Sinn, sondern ich habe Niederlaender, die nachgewiesenermassen in Widerstandsbewegungen taetig waren, in eine Sicherungshaft genommen. Das Lager Michelgestell war kein Gefaengnis. Ich habe es besucht. Die Lagerinsassen haben Golf gespielt, sie haben Urlaub bekommen in dringenden Familienangelegenheiten oder Berufsangelegenheiten. Es ist nicht einer erschossen worden. Ich glaube, dass die Mehrzahl der heutigen niederlaendischen Minister in Michelgestell waren. Es war eine Art Schutzhaft, um sie vorueübergehend aus ihrer antideutschen Betaetigung auszuschalten.

F: Sie sollen weiterhin, Herr Zeuge, die Verlesung der Hirtenbriefe verboten haben und Priester kath. und lutherischer Konfession in Konzentrationslager gebracht haben ?

A: Es ist richtig, dass ich einen Hirtenbrief verboten habe. Das kommt in Besatzungszeiten vor, weil er offenkundig gegen die Massnahmen der Besatzungsmacht Stellung genommen und zu Ungehorsam aufgefordert hat. Das war ein einziger Fall. Von da an kam das nicht mehr vor, weil auch keine solchen Aufforderungen mehr in den Hirtenbriefen waren. Ich habe sogar eingegriffen und die von der Polizei verfuegte Sistierung wieder zugelassen, wenn die Massnahmen der Besatzungsmacht nur kritisiert wurden, aber nicht zum Widerstand aufgefordert wurde. Ich habe Priester ueberhaupt nicht ins Konzentrationslager gebracht, sondern im Gegenteil. Anfang 1943 habe ich nach wiederholtem Draengen von der Sicherheitspolizei eine Liste bekommen von den ins Konzentrationslager eingesperrten Priestern. Es waren im Ganzen 45 oder 50. Bei 3 oder 4 war der Vermerk, dass sie im Konzentrationslager gestorben sind. Ich habe etwa ein Drittel auf Grund des Tatbestandes ausgesucht und dessen Freilassung verlangt. Bei einem weiteren Drittel habe ich die Ueberpruefung in den naechsten 6 Monaten verlangt. Und beim letzten Drittel konnte ich einen Antrag nicht stellen, ohne gegen meine Verantwortung gegen das Reich zu verstossen. Es hat

H0371 – 0058

auch Niederlaendische Repressiv-Geiseln gegeben. Als die Niederlande inden Krieg einbezogen wurden, wurden die Deutschen in Niederlaendisch - Indien ins Gefaengnis gebracht und, wie es geheissen hat, schlecht behandelt. Das Reich verlangte die Verhaftung von 3000 Niederlaendern. Die Sicherheitspolizei hat 800 Verhaftete nach Buchenwald gebracht. Als ich die Nachricht bekam, dass die Sterblichkeit eine hohe sei, habe ich so lange gedraengt, bis mir die Geiseln wieder zurueckgegeben wurden. Sie sind denn in einer Weise untergebracht worden, dass man von einem Gefaengnis ueberhaupt nicht mehr sprechen konnte. Sie haben Urlaub bekommen, und wo es noetig war, habe ich sie frei gelassen. Zuletzt hatte ich weniger als 100.

F: Herr Zeuge, Sie sollen Gebete in der Kirche insbesondere fuer die Koenigin verboten haben ?

A: Das ist unrichtig. Die Gebete in niederlaendischen Kirchen waren offenkundige Demonstrationen. Es wurde - was verstaendlich ist - fuer die Koenigin der Niederlande gebetet und fuer die Erfuellung ihrer Wuensche. Es wurde gleichzeitig auch fuer den Reichskommissar gebetet, damit er erleuchtet werde. Man hat mir sehr schwere Vorhalte gemacht, dass ich die Demonstrationen dulde. Ich habe an der Tatsache dieser Gebete nichts gefunden und sie nicht verboten. Vielleicht ist in dem einen oder anderen Falle ei untergeordnete Behoerde vorgeschossen. Sie wurde dann aber immer wieder zurueckgehalten.

F: Nun, das waere nicht bloes gewesen. Aber man sagt, dass Sie besonders grausam waren, dass Sie ohne Gerichtsverfahren eine Menge Leute erschiessen haben lassen. Was sagen Sie dazu ?

A: Soweit ich mich erinnere, sind echte Geiselfaelle nur einmal vorgekommen, d.h. es sind Personen erschossen worden, ohne irgend einen ursaechlichen Zusammenhang mit einer Straftat, und zwar im August 1942. Der Fall ist ja hier bereits vorgebracht worden. Die Durchfuehrung dieses Falles erfolgte genau nach dem sogenannten Geiselgesetz, das hier vorgetragen wurde. Es handelte

H0371 – 0059

sich um einen Anschlag auf einen Wehrmachtstransport. Es wurden 50 oder 25 Geiseln verlangt zur Erschiessung und zwar seitens, ich glaube, des Oberkommandos des Heeres ueber den Wehrmachtsbefehlshaber von hoeheren SS und Polizeifuehrer. Meine Intervention bestand darin, dass ich die Zahl auf 5 herunter gedrueckt habe und dass ich mir die von den anderen Dienststellen vorgelegte Liste angeschaut habe. Die Liste ist hier verlesen worden. Mir ist diese Liste aufgefallen. Der hoehere SS und Polizeifuehrer hat ausdruecklich darauf hingewiesen, dass diese Liste genau nach den Vorschriften zusammengesetzt wurde. Der Anschlag gehe auf die rechtsgerichteten Widerstandskreise zurueck, nicht auf die linksgerichteten, und man koenne daher keine Arbeiter erschiessen. Ich habe nur in soweit Einfluss genommen, als ich den hoeheren SS- und Polizeifuehrer veranlasst habe, Familienvaeter mit mehreren Kindern aus der Liste heraus zu streichen.

F: Herr Zeuge, was wissen Sie nun im einzelnen ueber die Erschiessungen bei Raeumung des Lagers Vuckt ?

A: Als der Vorstoss der Englaender und Kanadier ueber Belgien nach den Sued-Niederlanden erfolgte, hatte ich dort viel zu tun um in meinem Bereich die Ordnung aufrecht zu erhalten, sodass ich mich um das unter der Fuehrung der Polizei stehende Lager Vuckt im besonderen nicht kuemmern konnte. Der hoehere SS- und Polizeifuehrer hat mir im allgemeinen mitgeteilt, er werde die politisch Schwerstbelasteten, etwa 200, ins Reich abschieben, die politisch Minderbelasteten freilassen, und die gewoehnlichen Verbrecher unter Kommando eines niederlaendischen Polizeioffiziers den Kanadiern uebergeben. Ich habe erst hier gehoert, das Erschiessungen vorgekommen sind. Ich kann mir das nur so erklaeren, dass das Reich im letzten Augenblick den Abtransport ins Reich verboten hat und den Auftrag zur Erschiessung gegeben hat. Ich glaube nicht, dass es 600 sind, nach Aussage des Zeugen Kollpuss scheinen es etwa 130 bis 150 gewesen zu sein, aber auch das ist genug.

F: Was wissen Sie ueber die Geiselerschiessungen nach dem Anschlag auf den hoeheren SS- und Polizeifuehrer Rauter ?

H0371-0060

A: Der Anschlag auf den hoeheren SS und Polizeifuehrer ist von der Widerstandsbewegung ausgegangen und wurde ausgefuehrt mit englischen Waffen.

F: Was ist Ihnen ueber den Fall Puetten bekannt ?

A: Ich bin noch nicht ganz fertig. Himmler hat damals die Erschiessung von 500 Geisseln verlangt. Der Stellvertreter Raudters, Dr. Schoengart, hat das abgelehnt und teilte mir mit, dass in den Gefaengnissen eine Anzahl von Niederlaendern waeren, die nach dem Fuehrerbefehl zu erschiessen seien, weil sie einmal andere Sabotagehandlungen haetten. Er hat gezoegert, weil die Zahl etwas groesser waere. Er koenne jetzt aber nicht mehr zoegern. Die Zahl selbst hat er mir nicht genannt. Ich konnte in dieser Situation nach meinem Dafuerhalten ihn nicht an der Durchfuehrung des Befehls hindern, denn wir mussten mit allen Mitteln die Widerstandsbewegung niederhalten, die von der niederlaendischen Regierung von London her organisiert und bewaffnet worden war und eine schwere Gefahr fuer die deutsche Besatzungsmacht bildete. Es sollen 230 Niederlaender erschossen worden sein, darunter 80 in APELDORN. Mir erschien das sehr viel. Aber Dr. Schoengart sagte mir, dass noerdlich Apeldorn ein Centrum der illegalen Bewegung sei.

F: Zum Abschluss moechte ich Sie noch fragen: was wissen Sie ueber den Fall Puetten ?

A: In Petten hat sich ein Ueberfall auf deutsche Offiziere ereignet. 3 wurden ermordet. Der ganze Fall spielte sich im Bereich der Wehrmacht, der SS und Polizei ab. Ich wusste, dass Repressionsmassnahmen geplant sind. Ich selbst war damals mit dem Stellungsbau beschaeftigt. Der hoehere SS- und Polizeifuehrer hat mir mitgeteilt, er haette Befehl bekommen, den Ort Puetten niederzubrennen und die maennliche Bevoelkerung in ein Reichskonzentrationslager abzufuehren. Er habe den Befehl auf 40 % herabgemindert. Spaeter mitteilte er mir mit, dass die Sterblichkeit in deutschen Konzentrationslager gross sei. Ich habe mich mit ihm an den Wehrmachtsbefehlshaber gewandt wegen Ruecksfuehrung der Maenner. Der Wehrmachtsbefehlshaber hat zugestimmt. Ob dieser Befehl noch durchgefuehrt

H0371 – 0061

werden konnte, weiss ich nicht.

DR. STEINB UER: Herr Praesident, vielleicht koennte man jetzt ein kleine Pause machen ?

(Es tritt eine Pause ein.)

R. STEINB UER: Hoher Gerichtshof. Ich moechte noch einmal auf die Frage der Devisensperre zurueckkommen. Mir hat jetzt in der Pause der Angeklagte Reichsmarschall Goering mitgeteilt, dass in diesem Streit Fischboeck-Tripp-Wohltath einerseits, dann Funk, der dagegen war, Goering als Leiter des Vierjahresplanes die Entscheidung getroffen hat, dass die Devisensperre aufzuheben ist und er schreibt mir hier "und ich trage auch die Verantwortung" - als es ist eine Entscheidung, die dann Goering getroffen hat.

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer, es ist natuerlich eine ungewoehnliche Art, das Gericht ueber irgendetwas zu informieren, was Ihnen einer der Angeklagten in der Pause gesagt hat.

DR. STEINB UER: Er hat mir das geschrieben.

VORSITZENDER: Das verbessert die Lage auch nicht. Sie koennen an den Zeugen irgendwelche Fragen stellen,

DURCH DR. STEINB UER:

: Zur Frage der Erschiessungen ohne Gerichtsurteil moechte ich mir erlauben auf eine sehr wichtige Urkunde zu verweisen. Das ist Nummer 77, Seite 199. Es ist dies F-224, der Bericht des Kriminalkommissars Munt. Er sagt folgendes auf Seite 3:

"Nach meiner Ansicht ist es sehr wahrscheinlich, dass General Christiansen die Hoechstzahl der hinzurichtenden Opfer gefordert hat. Christiansen sprach zu Reuter, ein impulsiver und taktloser Mann, von zahlreichen Vergeltungsmassnahmen und dieser seinerseits uebte einen Druck auf die B d S (Dr. Schoengarter) aus

Er berichtet weiter auf Seite 5:

"Es handelte sich hier oft um Gefangene, die von dem Hoehere SS und Polizeifuehrer schon zum Tode verurteilt waren. Fuer die Vergeltungsmassnahmen auf strafbare Taten war die Polizei zustaendig. Nach dem Monat August 1944 und gemaess einem Befehl des Fueh

H0371 - 0062

rens leute man diese Vergeltungsmassnahmen derart aus, dass eine Anzahl Niederlaender aus ganz anderen Beweggruenden verhaftet wurden und dass sie wegen Sabotagehandlungen und Mordversuche erschossen worden seien."

A: Darf ich das noch ganz kurz erlaeutern. Es sind zum Beispiel fuehrende Mitglieder der Widerstandsbewegung verhaftet worden und bei Pruefung durch den Hoeheren SS- und Polizeifuehrer als zu erschiessen bestimmt worden, nach dem Fuehrerbefehl. Der hoehere SS und Polizeifuehrer hat seine Gerichtsoffizier zu dieser Pruefung zugezogen. Es kam dann ein Sprengattentat auf eine Bruecke und statt Geiseln zu erschiessen wurden diese Maenner genommen und erschossen; also es war gerade der umgekehrte Fall der Geiselerschiessung oder sollte es wenigstens sein.

F: Ich komme jetzt zu dem Kapitel IV B:"Konzentrationslager und Gefaengnisse". Meine erste Frage; wer war hierfuer zustaendig

A: Fuer die Konzentrationslager und fuer die polizeilichen Untersuchungsgefaengnisse war die Polizei zustaendig; fuer die gerichtlichen Untersuchungsgefaengnisse die Gerichtsbehoerden, wobei also die gerichtlichen Untersuchungsgefaengnisse mir unterstanden.

F: Hat es auch in den Niederlanden Konzentrationslager gegeben ?

A: Jawohl, vor allem das grosse Konzentrationslager Puetten in der Naehe von Hertogenbusch, dann ein polizeiliches Durchgangslager bei Amersfort, ein Judensammellager in Westerborg. Von Michelgestell habe ich schon gesprochen. Es war ein Schutzhaftlager und dann spielte noch ein Lager Ommen eine Rolle. Das war weder ein Polizei- noch ein Konzentrationslager, aber eines im dem Missbraeuche vorgekommen sin.

F: Was koennen Sie mir nun ueber das Lager Hertogenbusch sagen?

A: Hertogenbusch war urspruenglich als ein Judensammellager gedacht, damals, als wir die Absicht hatten, die Juden in den

H0371-0063

Niederlanden zu behalten. Reichsfuehrer Himmler hat Befehl gegeben ein Konzentrationslager daraus zu machen. Ich habe mich nach einiger Ueberlegung mit diesen Gedanken abgefunden. In der Erwaegung, ich kann es nicht verhindern, dass Niederlaender in Konzentrationslager kommen, dann ist es mir immer noch lieber sie kommen in Konzentrationslager in den Niederlanden, wo ich vielleicht doch noch einen gewissen Einfluss nehmen kann.

F: Nun sollen aber auch in diesem Lagern Exzesse vorgekommen sein, so zum Beispiel gerade in dem Lager Vught das Sie genannt haben.

A: Das ist vollkommen richtig. Sowohl in Gefaengnissen als auch in Konzentrationslagern sind Exzesse vorgekommen. Ich halte das in Kriegszeiten beinahe fuer unvermeidlich, weil da subalterne Menschen eine unbedingte Vollzugsgewalt ueber andere Menschen bekommen und zu wenig kontrolliert werden. Wo ich aber etwas erfahren habe, habe ich eingegriffen, das erste Mal im Jahre Ende 1940 oder 1941. Da meldete mir der Vorsteher meines deutschen Gerichts, es waere ihm ein Haeftling vorgefuehrt worden mit Schlagwunden auf dem Kopf. Ich habe diesen Fall pruefen lassen. Der Gefaengnisaufseher wurde disziplinar bestraft und ins Reich zurueckgeschickt. Beim Konzentrationslager VUCHT gab es beim Bezug eine grosse Sterblichkeit. Ich habe sofort eine Untersuchung einleiten lassen unter Hinzuziehung niederlaendischer Hygeniker. Ich habe mir damals taeglich und spaeter woechentlich die Sterblichkeitsziffer vorlegen lassen, bis sie ungefaehr die normale Hoehe erreicht hat. Ich weiss natuerlich nicht, ob mir die Lagerleitung nur die normalen Sterbefaelle bekannt gegeben hat und auch Erschiessungsfaelle, das weiss ich nicht.

SEYSS-INQUART (fortfahrend): In diesem Lager hat es Excesse gegeben durch Veranstaltung von Gelagen. Man hat auch hie und da von Schlägereien gesprochen. Der Lagerleiter wurde abberufen und ins Reich geschickt. Und ich bemerkte, dass der Höhere SS-u.Polizeiführer offenbar selbst bemüht war, die Ordnung aufrecht zu erhalten, obwohl ihm die Lager nicht unterstanden sind, sondern dem Gruppenführer Pohl. Es hat dann einen sehr schweren Fall gegeben. Er ist in Dokument F-224 unter dem Stichwort "Frau in Zelle" geschildert. Der Lagerleiter hat aus angeblichen Disziplinargründen eine grössere Anzahl von Frauen dicht gedrängt in eine Zelle über Nacht gesperrt. Dabei sind 3 bis 4 Frauen erstickt. Als wir davon gehört haben, haben wir ein gerichtliches Einschreiten verlangt. Die Zentralverwaltung in Berlin hat das abgelehnt. Wir haben uns an Reichsführer Himmler gewandt und nicht nachgegeben. Der Lagerleiter ist vor ein Gericht gestellt worden und hat mindestens 4 Jahre Freiheitsstrafe bekommen, ich glaube aber 8 Jahre. Das ist übrigens in dem französischen Bericht angedeutet.

F: Dann haben wir das Lager Ammersfort.

A: Das Lager Ammersfort war ein polizeiliches Durchgangslager also für Polizeihäftlinge, die dem Gericht zu überliefern waren oder die ins Reich zu kommen hatten, oder für Arbeitsverweigerer, die ins Reich abgeschoben wurden. Dort waren die Leute oder sollten die Leute allgemein nicht länger als 6-8 Wochen sein.

In diesem Lager war eine niederländische Bewachungsmannschaft aber nicht niederländische Polizei, sondern eine freiwillige SS-Wachkompanie, glaube ich. Hier sind Excesse vorgekommen. Generalsekretär van Damm hat mich aufmerksam gemacht, dass ein Niederländer dort erschlagen worden sein soll. Ich habe den Höheren SS- und Polizeiführer dringend ersucht, den Fall zu klären. Er hat dies durch seinen Gerichtsoffizier getan und hat mir die Akten eingesandt. Nach den Akten sind schwere Misshandlungen vorgekommen aber kein Totschlag. Die Täter wurden bestraft. Ich habe den Höheren SS-u.Polizeiführer wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Konzentrationslager und Gefängnisse in dieser Kriegszeit geradezu die Gele-

H0371 - 0064

H0371 - 0065

genheitsstellen sind für Erhöhung der Excesse, und wenn da und dort kein schwerer Fall aber doch gewisse Misshandlungen zu mir gebracht wurden, habe ich ihn immer darauf aufmerksam gemacht, und er berichtete mir dann, dass der Fall entweder sich nicht zugetragen habe oder dass er eingeschritten sei usw. Ich habe mir insbesondere die Ernährungssätze der Konzentrationslager und Gefängnisse vorlegen lassen. Die Ernährungssätze waren zufriedenstellend. Ich glaube, dass die Niederländer in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Ende 1944 und 1945 mehr bekommen haben als die Holländer in den West-Niederlanden, was ich aber keinswegs als etwas besonderes bezeichnen will, denn die Holländer haben Hunger gelitten.

F: Es war dann das Lager Westerborg.

A: Westerborg ist schon seinerzeit von der Niederländischen Regierung angelegt worden als ein natürliches vollkommen freies Lager für aus Deutschland geflüchtete Juden. Dieses wurde ausgebaut zu einem Sammellager für Juden. Im Lager selbst war eine jüdische Ordnungstruppe, bezw. Ordnungswache. Nach aussen wurde das Lager durch niederländische Polizei abgesperrt. Es war lediglich ein Kommando der Sicherheitspolizei zur Aufsicht drin. Ich habe in den ganzen Akten keinen Bericht gefunden über Excesse im Lager selbst. Es sind auch jeden Sonntag Geistliche in das Lager gekommen, jedenfalls ein Geistlicher für die katholischen Juden und einer für die sogenannten Christen, aber auch die haben nichts berichtet.

F: Über Abtransport werden wir ja später sprechen.

Jetzt möchte ich noch von Ommen sprechen, denn da liegt ein längerer Bericht vor. Ommen war als Ausübungslager gedacht für jene Niederländer, die sich wirtschaftlich in den Ostgebieten betätigen wollten. Sie wurden dort über Land und Leute orientiert und über die Sprache. Der Lagerleiter hat sich aus einer benachbarten niederländischen Strafanstalt Strafhäftlinge ausgeborgt für die Arbeit. Da kam die Nachricht, dass diese Strafhäftlinge misshandelt würden. Die Richter von Amsterdam wandten sich an mich. Ich habe den niederländischen Richtern von Amsterdam die Erlaubnis gegeben, persönlich das Lager zu besuchen und die Strafhäftlinge zu sprechen. Dies geschah laut Dokument F 224 vom 5.März 1943. Darauf haben die nieder-

ländischen Richter einen längeren Brief an den Generalsekretär der Justiz geschrieben. Sie beschwerten sich über von ihnen festgestellte Misshandlungen der Häftlinge und über die Tatsache, dass niederländische Häftlinge in Gefangenenanstalten des Reiches zum Arbeitseinsatz überführt werden. Die Beschwerden waren zutreffend. Ich habe angeordnet, dass die Häftlinge aus dem Lager Ommen wieder zurück in die niederländischen Strafanstalten kommen und die niederländischen Häftlinge aus den deutschen Gefängnissen wieder zurück in die niederländischen Strafanstalten kommen und die niederländischen Häftlinge aus den deutschen Gefängnissen wieder zurück in die niederländischen Gefängnisse. Dieses Vorgehen war korrekt und hat daher bei mir notwendigerweise eine entsprechende Erledigung gefunden.

F: Da muss ich aber Ihnen eine Zwischenfrage stellen und Vorhal machen. Sie haben aber dann, wie aus der Urkunde RF 931 hervorgeht die Richter, die ähnliche Beschwerden hervorgebracht haben und zwa von Leuwarden abgesetzt.

A: Nach meiner Ansicht war das Vorgehen von Leuwarten inkorrekt. Diese Richter haben sich nicht an mich gewandt, sondern haben in einem Urteil offiziell behauptet, dass die niederländischen Häftlinge in deutsche Konzentrationslager kommen und erschossen werde Das war nach den mir vorliegenden Tatbestand falsch. Ich habe sie dann orientiert über die Ergebnisse der Amsterdamer Richter. Die Leuwarder Richter haben es nämlich abgelehnt, Urteile zu fällen. Ich habe sie aufgefordert, nunmehr weiter zu amtieren. Sie haben das abgelehnt. Ich habe sie daraufhin als Arbeitsverweigerer entlassen. Ich hätte sie durchaus vor ein deutsches Gericht stellen können wegen Greuelpropaganda.

F: Sind Ihnen Beschwerden des Roten Kreuzes über die Verhältnisse in diesem Lager überbracht worden?

A: Wir hatten iin den Niederlanden die Einrichtung, dass ein Vertreter des Niederländischen Roten Kreuzes, Frau von Overliyn, sämtliche Konzentrationslager und Gefängnisse besuchen konnte, vor

H0371 – 0066

H0371-0067

allem, um sich zu überzeugen, ob die Lebensmittelpakete zugeteilt werden. Weder Frau von Overliyn noch die Leitung des Niederländischen Roten Kreuzes hat jemals eine Beschwerde an mich kommen lassen. Ich möchte sagen, dass dieser Umstand für mich besonders massgebend war, denn die Niederländer haben sich über alles beschwert, und wenn dann keine Beschwerde an mich kam war dies eine gewisse Beruhigung. Ich möchte noch bemerken, dass etwa Anfang 1944 nachdem mir vorgelegten Ausweisen etwa 12.000 Niederländer in Konzentrationslagern oder Gefängnissen waren. Das bedeutet also soviel wie wenn heute im gesamten Grossdeutschen Bereich 120 000 in Gefängnissen oder Lagern wären. Das hat mich veranlasst, gerichtliche Kommissionen einzusetzen, die die Lager besuchen mussten und die Gefängnisse, um zu überprüfen, ob die Häftlinge nicht entlassen werden können, oder einem gerichtlichen Verfahren zugeführt werden können. Wo natürlich Haftbefehle vor Berlin vorlagen, konnte ich nichts machen.

F: Sie haben also dargestellt, Herr Zeuge, dass Sie ununterbrochen einen Kampf gegen die Polizei in dieser Frage geführt haben?

A: Ich möchte nicht von einem Kampf sprechen.

F: Glauben Sie auch Erfolge gehabt zu haben?

A: Ja, ich glaube, auf Grund bestimmter Feststellungen. Ich bin den Vorgängen hier sehr genau gefolgt.
Wir haben ja ganz furchtbare Dinge gehört. Die Berichte aus den Niederlanden scheinen mir aber nicht so arg zu sein. Ich will da nicht sagen, dass jeder Excess von mir bedauert wird. Aber solche Berichte, wie zum Beispiel über Breedonk in Belgien liegen nicht vor. Aus den Berichten ergibt sich eigentlich als schwerster Vorwurf; Prügeleien. Es ist nur ein einziger Bericht hier, F 677 eines Regierungsbeamten Bruder, der unter das Niveau der üblichen Greuelmeldungen fällt. Aber ich glaube, dass dieser Bericht sehr mit Vorsicht aufgenommen werden muss. Bruder meldet nicht einmal, wer ihm das gesagt hat. Die Meldungen selbst sind unglaubwürdig. Er behaup-

tet zum Beispiel, dass die bei der Arbeit befindlichen Häftlinge sich vor jedem SS-Posten auf den Boden legen mussten. Ich glaube nicht, dass das von der Lagerleitung geduldet worden wäre, weil ja die Häftlinge nicht hätten arbeiten können. Ich vermag kein Urteil abzugeben, aber ich habe den Eindruck, ganz so arg war es in den Niederlanden vielleicht nicht.

F: Ich komme also nun, um das Kapitel abschliessen zu können auf Punkt V der Anklage über Fragen des Arbeitseinsatzes. Welches Problem haben Sie auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes in den Niederlanden vorgefunden?

A: Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes könnten wir drei vielleicht vier Phasen unterscheiden. Als ich in die Niederlande kam fand ich etwa 500 000 Arbeitslose vor: Die registrierten Arbeitslosen, die zu Erwartenden aus der Entlassung der niederländischen Land- und Seemacht nach der Demobilisierung und dann Kurzarbeiter usw. Es war für mich ein vordringliches, nicht nur soziales Problem, die Arbeitslosenzahl zu beseitigen, denn erstens ist ein so grosses Arbeitslosenheer zweifellos eine Rekrutierungsmenge für illegale Betätigung und zweitens war bei Fortdauer des Krieges zu erwarten, dass die wirtschaftliche Lage der Arbeitslosen immer schwieriger werde. Damals haben wir mit den Massnahmen eingesetzt, die ich trotz aller Freiwilligkeit als freiwillige Arbeitswerbung bezeichnen muss. Das währte bis Mitte 1942, also etwa 2 Jahre. Ich habe damals weder einer deutschen noch einer niederländischen Arbeitsbehörde die Vollmacht gegeben, irgendjemand zur Arbeit ins Ausland zu verpflichten. Sicher war ein gewisser wirtschaftlicher Druck da, aber der war, glaube ich in dieser Frage immer vorhanden. Die Werbung erfolgte durch die niederländischen Arbeitsämter , die dem niederländischen Generalsekretär für soziale Verwaltung unterstanden. Bei den Arbeitsämtern befanden sich deutsche Inspektoren. Auch private Vermittlungen waren tätig. Die Arbeiter aus dem Reich wurden von eigenen Vermittlern herübergeschickt. Im ganzen wurden etwa 530 000 Niederländer ins Reich in Arbeit vermittelt, in der

H0371-0068

H0371 – 0069

Periode der von mir als freiwillig bezeichneten etwa 240 - 250 000 ins Reich und etwa 40.000 nach Frankreich. In der ersten Hälfte 1942 war dieses Reservoir ausgezogen. Das Reich verlangte weitere Kräfte und wir erwogen nun die Einführung einer Arbeitspflicht. Die Weisung hierzu erhielt ich meines Erinnerns nicht von Sauckel sondern als unmittelbare Führerweisung von Bormann. Nun erfolgte der Arbeitseinsatz hauptsächlich, nicht aber ausschliesslich, in der Weise, dass die Jungen, womöglich nichtverheirate Niederländer zum Arbeitsamt vorgeladen wurden und dort einen Verpflichtungsscheir bekamen, im Reich die Arbeit aufzunehmen. Der niederländische Bericht sagt selber, dass nur wenige sich weigerten. Es wurden natürlich auch einige, die sich weigerten, von der Polizei festgenommen und ins Reich gebracht.

Der Höhere SS- und Polizeiführer hat mir gemeldet, dass dies insgesmat 2600 waren, von etwa 250 bis 260.000 Arbeitsverpflichteten und von 530.000 überhaupt Arbeitsvermittelten, also 1/2 % . Ich glaube, dass die Ziffer der Zwangsmassnahmen im Reich auch nicht niedriger oder höher war.

Anfangs 1943 verlangte das Reich einen Grosseinsatz von Arbeitern und es wurde mir nahegelegt nun ganze Jahrgänge aufzurufen und ins Reich zu vermitteln. Ich bemerke, dass all diese Arbeiter, die im Reich waren, freie Arbeitsverträge bekamen und nicht in Arbeitslagern waren. Ich habe mich entschlossen, drei Jahrgänge aufzurufen und zwar junge Jahrgänge. Ich glaube, die 21 bis 23 jährigen, um die verheirateten Männer zu schonen. Der Erfolg war beim ersten Jahrgang befriedigend, beim zweiten mässig und beim dritten ganz schlecht.

Es war mir klar, dass ich weitere Einberufungen nur mit Gewalt vornehmen könnte und das habe ich abgelehnt. Ich habe damals durch das Verständnis des Ministers Speer erreicht, dass die Arbeiter nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Arbeitern gebracht wurde Es kamen grosse Aufträge in die Niederlande und die diese Aufträge ausführenden Betriebe wurden als "Sperrbetriebe" erklärt, dazu gehörte auch die Organisation "Todt".

Es sind damls Freistellungen vorgenommen worden für Niederländer, die in den Niederlanden notwendig sind. Die Freistellungsscheine wurden von den niederländischen Behörden ausgestellt und zwar über 1 Million Stück. Es war mir klar, dass das eine Sabotierung bedeuten sollte, aber ich fühlte micht nicht veranlasst, dagegen einzuschreit Niemals wurde eine Frau zum Arbeitseinsatz ausserhalb der Niederland verpflichtet, ebenso niemals Jugendliche unter 18 Jahren. Reichsminister

H0371 - 0070

Lammers hat hier bestaetigt, dass er anfangs 1944 mir den Fuehrerbefehl uebermittelte, 250.000 Arbeitskraefte ins Reich zu bringen. Er hat bestaetigt, dass ich das abgelehnt hatte. Damals ist Gauleiter Sauckel zu mir gekommen und hat die Sache mit mir besprochen.

Ich muss feststellen, dass er meine Argumente ueberraschend schnell anerkannt hat und nicht darauf gedrungen ist, Zwangsrekrutierungen durchzufuehren. Unter " Zwangsrekrutierungen" verstehe ich die Absperrung ganzer Bezirke und das Herausfangen der Maenner.

Im Laufe des Jahres 1944 hoerte die Arbeitsvermittlung nahezu zur Gaenze auf. Statt 250.000 sind glaube ich 12.000 ins Reich geschickt worden. Eine ganz andere Aktion ist die im Herbst 1944. Aus den Erfahrungen in Frankreich und Belgien heraus beschloss das Oberkommando des Heeres die Wehrfaehigen aus Holland, also Westniederlande abzuziehen. Dies deshalb, weil von der niederlaendischen Regierung in England eine illegale Armee aufgezogen war. Ich habe das Organisations-Statut in der Hand gehabt. Es war ein kompletter Generalstab und ein komplettes Kriegsministerium und wir schaetzten auf 50.000 illegale Streitkraefte. Wenn bei einem entsprechenden Aufruf nur noch ein wehrfaehiger Niederlaender dazu tritt, dann waere die Zahl der illegalen Streitkraefte groesser gewesen, als die deutschen Truppen in Holland. Dazu hatten sie von England sehr gute Waffen-Ausruestung bekommen. Wir haben ganze Schiffsladungen modernster Maschinenpistolen beschlagnahmt. Ich bin aber ueberzeugt, dass der groessere Teil der Waffen von uns nicht beschlagnahmt wurde. Das Oberkommando des Heeres ordnete im Wege der militaerischen Befehlshaber den Abzug der wehrfaehigen Hollaender an. Die Massnahmen wurden ausschliesslich im Wehrmachtsbereich durchgefuehrt. Damit wurde ein eigens hergesandter General beauftragt und ein eigener Fuehrungsstab. Die Massnahmen wurden durchgefuehrt durch den jeweiligen Standort-Kommandanten. Meine oertlichen Dienstbefehlshaber wurden manchmal im letzten Augenblick manchmal garnicht verstaendigt. Ich habe natuerlich von den Massnahmen gewusst. Angesichts der eben vorgebrachten Gruende konnte ich es nicht verantworten dagegen zu protestieren. Ich habe mich nur eingeschaltet um die zivilen Belange zu wahren, damit die Arbeiter aus den lebenswichtigen Betrieben nicht mit herausgefangen werden. Damit beauftragte ich den Generalbevollmaechtigten fuer den totalen Kriegseinsatz, den mir inzwischen Dr.Goebbels nach den Niederlanden

H0371 - 0071

geschickt hat. Dessen Aufgabe bestand also darin Freilassungsscheine auszustellen. Er hatte 50.000 Stueck ausgestellt.

Vorsitzender: Meinen Sie Himmler damit ?

Der Zeuge: Ich habe den Generalbevollmaechtigten fuer den totalen Kriegseinsatz Goebbels gemeint.

Ich gebe zu, dass diese Massnahmen zu Verhaeltnissen gefuehrt haben, die fuer die Niederlande untragbar waren. Ich bin zwar dessen sicher, das was die Verpflegung, vorueubergehende Unterbringung, und Transporte betrifft, die Bevoelkerung in den deutschen Bombengebieten auch nicht leichtere Bedingungen gehabt hat, aber von den Niederlaendern konnte man ja einen solchen Einsatz nicht verlangen. Es haben damals zahlreiche Niederlaender mir gesagt, sie wuerden sich fuer diesen Arbeitseinsatz zur Verfuegung stellen, keineswegs um der deutschen Sache zu helfen, sondern um diesen schweren Bedingungen zu entgehen, wenn man sie in einem geordneten Verfahren aufruft. Das habe ich dann getan. Der Generalbevollmaechtigte fuer den totalen Kriegseinsatz hat eine Kundmachung erlassen, di[illegible] den [illegible]richt vorliegt. Die Leute wurden zu den Arbeitsaemtern gerufen, in Listen aufgenommen und dann wieder nach Hause geschickt. Sie konnten sich Kleider und Waesche holen, wurden auf den Bahnhof bestellt und nicht durch die Polizei, sondern durch Arbeitsbeamte ins Reich gebracht zum normalen Arbeitseinsatz. Der niederlaendische Bericht in seiner Objektivitaet anerkennt das. Er spricht von den besseren Transportbedingungen der Arbeits-Mobilisation. Fuer diese Arbeits-Mobilisation trage ich die Verantwortung aus den von mir angegebenen Gruenden.

Dr.Steinbauer: Darf ich Herr Vorsitzender hierzu bemerken, dass meine Urkunde Nr.78, USA 195, Seite 200, Auszug aus dem Regierungsbericht der niederlaendischen Regierung, die Darstellung meines Klienten vollstaendig bestaetigt. Ich moechte sie der Wichtigkeit halber ganz kurz verlesen, Seite 2. "Arbeiter, die sich weigerten (verhaeltnismaessig wenige) wurden vom Sicherheitsdienst (SD) verfolgt." Dann, Seite 3." Abgesehen davon waren die Massnahmen nicht sehr erfolgreich. Gewisse deutsche Behoerden scheinen sich der Ausfuehrung dieser Massnahmen widersetzt zu haben, da viele ehemalige Angehoerige der Streitkraefte verschont blieben; andere tauchten unter ..... Das Ergebnis war, dass im letzten Monat des Jahres 19[illegible] und im groessten Teil des Jahres 1944 verhaeltnismaessig wenige Personen verschickt wurden."

H0371 - 0072

Dann zuletzt auf Seite 6 erzaehlt er:

"Bis Ende [illegible]44 war das Befoerderungsverfahren fuer Deportierte ertraeglich ... Wer sich zur Arbeitsmobilisierung im Januar 1945 meldete, hatte verbesserte Transportmoeglichkeiten, naemlich fast die ganze Reise per Eisenbahn, wenn auch nur im Gueterwagen."

A: Andere Wagen haben wir damals selbst nicht mehr gehabt. Ich moechte noch darauf hinweisen, dass ich auch niederlaendische Arbeiter aufgerufen habe, um die mir von Fuehrer aufgetragenen Aufbauten der Widerstandlinien, oestlich der Eiffel, durchzufuehren. Ich habe von den Transporten, die von Rotterdam usw. kamen, einen Teil dafuer abgezweigt, und dadurch verhindert, dass diese Leute ins Reich hinausgebracht wurden. Auf die Behandlung im Reich hatte ich keinen Einfluss, ich habe nur den weiteren Transport in den Gau Hessen verboten, weil mir gemeldet wurde, dass in Lager Rees die Behandlung eine sehr schlechte sein soll, dass einige Niederlaender gestorben waren.

Durch Dr. Seinbauer:

F: Ich komme nun zum naechsten Kapitel der Anklage, d.h. zur Judenfrage. Im niederlaendischen Regierungsbericht, USA 195, ist eine Zusammenstellung aller Verordnungen von der Anklagebehoerde vorgelegt worden. Ich moechte zur Gedaechtnishilfe diese Urkunde 1726 meinem Klienten zur Einsichtnahme geben, damit er sich an die Gesetze erinnert. Es liegt schon dem Gericht vor.

Was haben Sie, als Reichskommissar, in der Judenfrage veranlasst ?

A: Als ich die Funktion des Reichskommissars uebernahm, war es mir natuerlich klar, dass ich irgendwie auch Stellung nehmen muss und Massnahmen werde treffen muessen, bezueglich der in den Niederlanden befindlichen Juden, denn Amsterdam ist ja in Westeuropa vielleicht der bekannteste und einer der aeltesten Sitze juedischer Gemeinden. Dazu kam, dass in den Niederlanden sehr viele deutsche juedische Emigranten waren. Ich will ganz offen sagen, dass ich aus dem ersten Weltkrieg und aus der Nachkriegszeit heraus, als ein Antisemit nach Holland gegangen bin. Ich brauche das hier nicht weiter ausfuehren, ich habe das alles in meinen Reden gesagt und ich darf dann darauf verweisen. Ich hatte den Eindruck, der auch ueberall bestaetigt wird, dass die Juden natuerlich gegen das nationalsozialistische Deutschland sein muessen. Eine Schuldfrage war fuer mich nicht zu eroertern, sondern ich musste, als Chef eines besetzten Gebietes, mit der Tat-

H0371 - 0073

sache rechnen. Ich musste mir sagen, dass ich aus den juedischen Kreisen, besonders mit Widerstand, Defeatismus usw. zu rechnen habe.

Ich habe mit Generaloberst Brauchitsch, als Oberkommando des Heeres , besprochen, dass ich in den Niederlanden die Juden aus den fuehrenden Stellun en der Wirtschaft, Presse, und dann weiter aus den Staatsstellun en entfernen werde. Auf diese Massnahmen haben sich meine Eingriffe von Mai 1940 bis Maerz 1941 beschraenkt. Die juedischen Beamten wurden entlassen, aber mit Pension. Die juedischen Firmen wurden registriert und die Firmenleiter entlassen. Im Fruehjahr 1941 kam Heydrich zu mir, in die Niederlande. Er setzte mir auseinander, dass wir damit rechnen muessen, dass der groesste Widerstand aus den jeudischen Kreisen kommt und erklaerte mir, dass man die Juden doch wenigstens so behandeln muesste, wie feindliche Auslaender. Es wurden zum Beispiel die Englaender in den Niederlanden konfiniert und deren Vermoegen konfisziert. Bei der grossen Zahl der hier in Frage kommenden Personen, etwa 140 000 , war das nicht so einfahh. Ich gestehe offen, dass ich mich diesem Argument Heydrichs nicht entzogen habe. Ich habe es auch fuer notwenig gehalten, in einem Krieg, den ich absolut als einen Kampf auf Leben und Tod des deutschen Volkes betrachtet habe; ich habe daher die Registrierung der Juden in den Niederlanden im Maerz 1941 angeordnet.

Nun ist es Schritt fuer Schritt weitergegangen. Ich will nicht sagen, dass das endgueltige Ergebnis, soweit es in den Niederlanden festgestellt wurde, von Haus aus beabsichtigt war, aber es wurde dieser Weg gegangen. Die Verordnungen, die hier angefuehrt sind, wie sie im Niederlaendischen Verordnungsblatt erschienen sind, sind zumeist von mir selbst unterschrieben worden, jedenfalls mit meiner ausdruecklichen Zustimmung veroeffentlicht worden. Einzelmassnahmen die hier erwaehnt sind, lagen ausserhalb meines Willens. Zum Beispiel sollen im Februar 1000 Juden verhaftet und nach Buchenwald und Mauthausen gebracht worden sein. Davon weiss ich soviel. Im Amsterdamer Ghetto ist ein Nationalsozialist.....

Vorsitzender: Im Februar welchen Jahres ?

A: Im Februar 1941. Im Amsterdamer Ghetto ist ein Nationalsozialist von Juden erschlagen worden. Reichsfuehrer Himmler hat darauf die Ueberfuehrung von 400 jungen Juden nach Mauthausen befohlen. Ich befand mich damals nicht in den

H0371 - 0074

Niederlanden. Das war uebrigens der Anlass zum Generalstreik in Amsterdam im Maerz 1941. Nach meiner Rueckkehr nach den Niederlanden, habe ich gegen diese Massnahme protestiert und meines Wissens kam eine solche Massenverschickung nach Mauthausen nicht mehr vor. Es kam auch zur Verbrennung von Synagogen. Da hat offenbar jemand den Ehrgeiz des 8. Novembers 1938 gehabt. Ich bin sofort eingeschritten. Die Faelle vermehrten sich nicht; hingegen wollte die Polizei den alten Tempel in Amsterdam niederreissen. Staatssekretaer van Dam hat mich darauf aufmerksam gemacht und ich habe das verhindert. Ich habe frueher angedeutet, dass das Motiv der Massnahmen in der Erwaegung zu suchen ist, die Juden wie feindliche Auslaender zu behandeln. In der weiteren Durchfuehrung wurde diese Basis bestimmt verlassen. Es war weiter nichts, als die Durchfuehrung der Massnahmen gegen die Juden, wie sie eben auch im Reich vorgekommen sind. Vielleicht ist in dem einen oder in dem anderen Fall sogar mehr geschehen, denn ich weiss, dass zum Beispiel in den Niederlanden auch eine Aktion war, die Juden zu veranlassen, sich sterilisieren zu lassen. Das Ziel, das wir hatten, war, die Juden in den Niederlanden selbst zu behalten, und zwar in 2 Bezirken von Amsterdam, und dann im Lager Westerberg und im Lager Vught. Wir hatten uns auch vorbereitet, hier entsprechende Arbeitsmoeglichkeiten zu schaffen.

Ich habe den Generalsekretaer fuer Erziehung den Auftrag gegeben, aus dem hollaendischen Haushalt jene Mittel fuer die Erziehung der Juden zur Verfuegung zu stellen, die nach der Kopfquote auf die juedische Bevoelkerung entfallen. Es wird sicher sein, dass schon bei dieser Massnahme der Konzentration der Juden auf 2 Bezirke und 2 Lager, verschiedene Haerten vorgekommen sind, die vielleicht nicht zu umgehen waren, vielleicht auch schon Exzesse darstellen koennen.

Schliesslich verlangte die Sicherheitspolizei die Einfuehrung des sogenannten Judensterns. Eine nicht unbetraechtliche Zahl von Juden war nicht in den Konfinierungsstellen. Die Sicherheitspolizei verlangte deren Kennzeichnung, um kontrollieren zu koennen, ob sich die Juden an die sonstigen Beschraenkungen halten. Dieser Stern ist in den Augen der Deutschen sicherlich als eine gewisse Diffamierung anzusehen. Von den Niederlaendern wurde er nicht so aufgefasst und es hat so manchen Niederlaender gegeben, der aus Protest selbst einen Stern

H0371 - 0075

getragen hat. Es duerfte im Jahre 1942 gewesen sein, als Heydrich neuerlich-Forderungen stellte, und zwar kam er jetzt mit der Forderung der Evakuierung der Juden. Er begruendete die Forderung damit, dass Holland ueber kurz oder lang Kriegsgebiet sein werde, dass man dann eine so feindselige Bevoelkerung nicht im Kriegsgebiet haben duerfe. Er verwies darauf, dass er fuer die Sicherheit des Reiches verantwortlich sei, im polizeilichen Sinne, und dass er diese Verantwortung nicht tragen koenne, wenn die Juden in Holland bleiben. Ich glaube, es hat 3 oder 4 Monate gedauert, in denen wir in den Niederlanden gegen diese Evakuierung Stellung genommen haben, und den Versuch gemacht haben, andere Auswege zu finden.

Zum Schluss hat mir Heydrich einen Befehl des Fuehrers vorlesen lassen, laut welchem er unbeschraenkte Vollmacht zur Durchfuehrung aller Massnahmen hatte, auch in den besetzten Gebieten. Ich habe ueber Bormann rueckgefragt, welche Bewandtnis es damit hatte, und dieser Befehl wurde mir bestaetigt. Daraufhin wurde mit der Evakuierung der Juden begonnen. Ich habe damals versucht, mich ueber das Schicksal der Juden zu vergewissern und es faellt mir etwas schwer, jetzt zu sprechen, weil es wie ein Hohn klingt. Man sagte mir, dass die Juden nach Auschwitz kommen. Ich habe veranlasst, dass von uns aus den Niederlanden Leute nach Auschwitz geschickt werden. Dieselben kamen mit dem Bericht zurueck, dort waere ein Lager fuer 80 000 Menschen genuegend geraeumig. Diesen Leuten ginge es verhaeltnismaessig gut; sie haetten zum Beispiel eine Hundert Mann starke Musikkapelle. Als ein Zeuge hier bestaetigte, dass diese Musikkapelle spielte, wenn die Opfer in Auschwitz eingetroffen sind, habe ich mich an diese Meldung erinnert.

Vorsitzender: Herr Dr.Steinbauer, Sie werden wohl heute Abend nicht mehr fertig werden ?

Dr.Steinbauer: Nein.

Vorsitzender: Wielange werden Sie wohl noch brauchen ?
Dr.Steinbauer: Ich hoffe, morgen spaetestens bis zur Mittagspause fertig zu sein, vielleicht schon in einer Stunde. Ich habe noch ueber Pluenderung, wirtschaftliche Massnahmen und Zerstoerung zu sprechen. Dann waere das Thema fuer mich erschoepft.
Vorsitzender: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 11.Juni 1946
10.00 Uhr vertagt).